ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Bönke, Timm et al.

Article

DIW-Konjunkturprognose: Deutschland hinkt der Weltwirtschaft hinterher

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Bönke, Timm et al. (2023) : DIW-Konjunkturprognose: Deutschland hinkt der Weltwirtschaft hinterher, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 90, Iss. 36/37, pp. 471-503, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2023-36-2

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/278039

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DIW Wochenbericht

36+37 2023

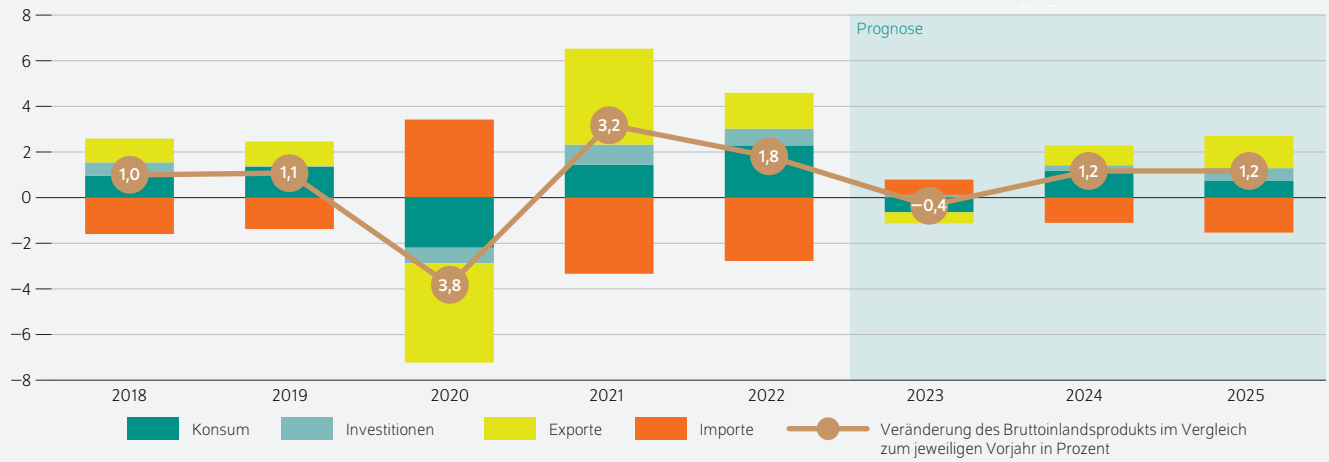
AUF EINEN BLICK

DIW-Konjunkturprognose: Deutschland hinkt der Weltwirtschaft hinterher

Von den DIW-Konjunkturforscher*innen

- Deutsche Wirtschaft erholt sich, aber zunächst langsam – 2023 wird Rückgang von 0,4 Prozent erwartet, 2024 und 2025 aber solide Zuwächse um je 1,2 Prozent
- Privater Konsum steigt langsam: Lohnsteigerungen werden schrittweise wirksam und verbessern Kauflaune, Inflation fällt geringer aus
- Auch Außenhandel erholt sich allmählich: Deutsche Exporte legen langsam zu, besonders maue chinesische Binnenwirtschaft und schleppende Erholung im Euroraum dämpfen
- Im kommenden Jahr sollte Wirtschaft mit kräftigem Konsum wieder in Fahrt kommen – Exporte dürften zulegen und Inflationsraten sinken
- Wachstum der Weltwirtschaft voraussichtlich 3,9 Prozent in diesem und ebenfalls 3,9 Prozent im kommenden Jahr – USA mit positiven Impulsen, China fällt zurück

Privater Konsum und Exporte werden den Aufschwung in den kommenden beiden Jahren tragen
Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



Quelle: DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

ZITAT

*„Stärker ausfallende Lohn- und Gehaltszuwächse dürften die Kaufbereitschaft der Haushalte merklich verbessern und der Startschuss für den Erholungskurs der deutschen Wirtschaft sein.“ — **Geraldine Dany-Knedlik** —*

*„Die exportorientierte deutsche Wirtschaft kommt trotz anziehender Weltwirtschaft nur langsam in Fahrt.“ — **Timm Bönke** —*

MEDIATHEK

Audio-Interview mit Geraldine Dany-Knedlik
www.diw.de/mediathek

DIW-Konjunkturprognose: Deutschland hinkt der Weltwirtschaft hinterher

Von Timm Bönke, Geraldine Dany-Knedlik, Guido Baldi, Hella Engerer, Pia Hüttl, Konstantin Kholodilin, Frederik Kurcz, Theresa Neef, Laura Pagenhardt, Werner Roeger, Marie Rullière, Jan-Christopher Scherer, Teresa Schildmann, Ruben Staffa, Kristin Trautmann und Jana Wittich

EXECUTIVE SUMMARY

Die deutsche Wirtschaft ist zuletzt kaum vom Fleck gekommen. Nach der Winterrezession und einer Stagnation im zweiten Quartal geht es nun in Trippelschritten bergauf. Kräftigere Zuwächse der Löhne und Gehälter zusammen mit einer niedrigeren Inflation dürften den Startschuss für eine Erholung der deutschen Wirtschaft geben, wenngleich sie zunächst nur schleppend anläuft.

Der private Konsum fiel als Treiber der deutschen Wirtschaft vorerst aus und wird wohl in der zweiten Jahreshälfte 2023 allmählich Tempo aufnehmen. Die hartnäckige Inflation schreckte die Käufer*innen ab und ließ sie größere sowie vermeintlich unnötige Anschaffungen aufschieben. Auf die Kauflaune drückte auch, dass die erzielten Tarifabschlüsse die Nominallöhne zuletzt in einem geringeren Umfang steigen ließen, als sich die Verbraucher*innen erhofften. Diejenigen, die es sich leisten können, parkten bei gestiegenen Zinsen einen Teil ihres Geldes auf Konten oder legten es aus Vorsicht zurück, um beispielsweise Nachzahlungen aus Nebenkostenabrechnungen zu begleichen.

Auch die Exporte erwiesen sich eher als Dämpfer für die deutsche Konjunktur. Die internationale Nachfrage schwächelt, besonders in China ist die Binnenwirtschaft angeschlagen und zudem sind Produkte „Made in Germany" weniger begehrt – offenbar, weil die Volksrepublik mehr und mehr auf die heimische Produktion von Industriegütern setzt. Für dieses Quartal wird ein Wachstum der deutschen Wirtschaft von 0,1 Prozent und für das kommende von 0,2 Prozent prognostiziert. Dies kann aber die schwache Entwicklung der ersten Jahreshälfte nicht wettmachen. Unter dem Strich wird die Wirtschaft im Jahresdurchschnitt 2023 voraussichtlich um 0,4 Prozent schrumpfen. In seiner Sommerprognose hatte das DIW Berlin noch mit einem Rückgang von 0,2 Prozent gerechnet.

Dank bereits getroffener und noch ausstehender Tarifabschlüsse dürften die Menschen in Deutschland bereits in der zweiten Jahreshälfte, aber insbesondere ab dem kommenden Jahr spürbar mehr Geld im Portemonnaie haben. Zusammen mit einer deutlich geringeren Verbraucherpreisinflation stärkt dies die Kaufkraft der Haushalte und bringt den privaten Konsum in Schwung. Auch die Auslandsnachfrage dürfte insbesondere wegen der konjunkturellen Erholung in der Europäischen Union wieder an Dynamik gewinnen: Im kommenden Jahr wird die deutsche Wirtschaft der Prognose zufolge um 1,2 Prozent zulegen, ebenso im Jahr 2025.

Die Weltwirtschaft dürfte sich besser als erwartet entwickeln, wenngleich der ganz große Aufschwung wohl ausbleibt. Vor allem die USA und Japan überraschten zuletzt mit guten Quartalszahlen. Sinkende Inflationsraten und erwartete Zinswenden in den USA und im Euroraum bringen ab dem kommenden Jahr das Wachstum wieder leicht in Fahrt. Noch verleihen hauptsächlich die Schwellenländer der Weltwirtschaft Dynamik, aber China schwächelt deutlich. Sorge bereitet dort vor allem der Immobiliensektor und die maue Binnennachfrage. Die Weltwirtschaft dürfte in diesem und im kommenden Jahr um jeweils 3,9 Prozent und im Jahr 2025 um 4,1 Prozent wachsen.

 DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2023-36-2

Weltwirtschaft entwickelt sich besser als erwartet: USA belebt, China bremst

Die Weltwirtschaft ist im zweiten Quartal 2023 mit nur 0,7 Prozent im Vergleich zum Vorquartal langsamer gewachsen. Im ersten Quartal dieses Jahres lag das Wachstum noch bei 1,8 Prozent (Abbildung 1). Die meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften legten leicht zu – trotz der vielerorts weiter gestiegenen Zinsen und der noch erhöhten Inflationsraten. Die Schwellenländer haben deutlich an Schwung verloren – gebremst von einer schwachen Entwicklung in China, dessen Produktion deutlich hinter den Erwartungen blieb.

Japan überraschte mit sehr starken Wachstumsraten im ersten Halbjahr, getragen von einem positiven Außenbeitrag. Auch die Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts der Vereinigten Staaten konnten die Erwartung deutlich übertreffen. Zu verdanken war dies zum Teil den Fiskalpaketen, die vor allem Investitionen in die Halbleiterproduktion und erneuerbare Energien fördern. In Europa verlief die Produktion im zweiten Quartal schleppend. Im Euroraum und auch im Vereinigten Königreich legte die Wirtschaft nur leicht zu, wenn auch mehr als erwartet. Dynamischer wuchsen weiterhin einige Schwellenländer wie Indien, Brasilien und Mexiko. Allerdings erholte sich Chinas Binnennachfrage nach Ende der Null-Covid-Politik enttäuschender als erwartet, auch aufgrund der Probleme im Immobiliensektor.

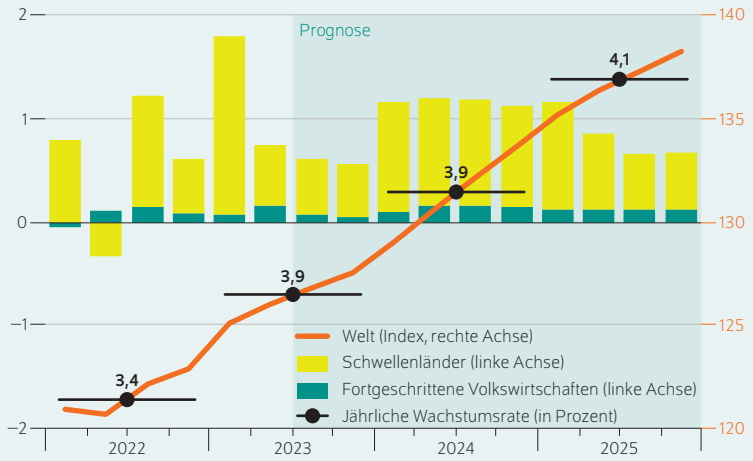
Die Weltwirtschaft wird wohl im laufenden dritten Quartal nur moderat mit 0,6 Prozent wachsen. Aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften kommen nur wenige Wachstumsimpulse (Tabelle 1). In den ersten Sommermonaten haben sich die Industrieproduktion und die Einzelhandelsumsätze meist verhalten entwickelt. Allerdings sieht die Situation in den Vereinigten Staaten mit voraussichtlich 0,5 Prozent Wirtschaftswachstum besser aus als im Euroraum und im Vereinigten Königreich, wo sich im dritten Quartal die Wirtschaft nur jeweils um 0,15 Prozent erholen dürfte. In Europa hat die Energiekrise zwar nicht zu einer Gasmangellage und damit auch nicht zu der befürchteten tiefen Rezession geführt; die Folgen hallen aber nach und bremsen vielerorts die wirtschaftliche Dynamik. Die Einkaufsmanagerindizes insbesondere für die Industrie verharrten zuletzt vielerorts deutlich unter der Expansionsschwelle von 50. Zwar sind die Aussichten für die Dienstleistungen günstiger, aber auch diese verschlechtern sich seit April. Die Zuversicht der Konsument*innen hat sich in den vergangenen Monaten etwas aufgehellt, liegt aber immer noch auf sehr niedrigem Niveau.

Das Wachstum der Schwellenländer wird auch im weiteren Jahresverlauf von China ausgebremst: Durch die zögerliche Erholung nach der Pandemie wird China wohl nur um 0,6 Prozent im dritten Quartal wachsen. Die hohen Schulden insbesondere im Immobiliensektor lasten auf der Binnennachfrage. Ein steter Rückgang der Immobilienpreise in China über die vergangenen Quartale hat die Hausbesitzer*innen ärmer gemacht, während sich die Kaufinteressent*innen zurückhalten (Abbildung 2). Es besteht die Gefahr, dass Hausbesitzer*innen auf fallende Hauspreise trotz der niedrigen Zinssätze mit Schuldenrückzahlungen reagieren – ein schlechtes Zeichen für die weitere binnenwirtschaftliche Entwicklung. In anderen Schwellenländern ist hingegen mit einer kräftigeren Expansion zu rechnen (Tabelle 1). So profitiert etwa die mexikanische Wirtschaft von Bestrebungen amerikanischer Unternehmen, die Produktion und den Bezug von Vorleistungen von China weg zu verlagern. Dies dürfte ihr ein Plus von 0,3 Prozent im dritten Quartal bescheren. Die brasilianische Wirtschaft wird wohl weiterhin durch den kräftigen Export von Landwirtschaftsgütern gestützt (+0,1 Prozent).

Im laufenden Jahr bleibt die Geldpolitik in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften – mit Ausnahme Japans – noch restriktiv. Im Monatsvergleich nähern sich die Teuerungsraten zwar allmählich den Inflationszielen der Zentralbanken (Abbildung 3). Im Vorjahresvergleich ist aber insbesondere die Kerninflation, also die Teuerung unter Ausklammerung von Energie- und Lebensmittelpreisen, in vielen Wirtschaftsräumen immer noch deutlich erhöht. Die Zentralbanken dürften die Zinsen erst dann senken, wenn sie zu der Einschätzung kommen, dass sich die Preissteigerungen

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts
In Prozent zum Vorquartal (linke Achse); Index 1. Quartal 2015 = 100 (rechte Achse)



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Die Schwellenländer tragen aufgrund einer schwächelnden chinesischen Wirtschaft weniger zum Wachstum der Weltwirtschaft bei.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft
In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Europa												
Europäische Union	3,5	0,8	1,6	1,8	9,2	6,7	3,4	2,4	6,1	6,0	6,0	5,9
Euroraum	3,4	0,7	1,3	1,4	8,4	5,6	2,8	2,1	6,7	6,6	6,6	6,5
ohne Deutschland	3,8	1,2	1,2	1,5	8,0	5,3	3,0	2,1	8,0	7,8	7,9	7,8
Frankreich	2,5	0,9	1,3	1,4	5,9	5,5	2,7	2,0	7,3	7,2	7,3	7,2
Italien	3,8	0,9	0,9	1,0	8,7	6,7	3,4	2,4	8,1	7,6	7,7	7,8
Spanien	5,5	2,3	1,7	2,2	8,3	3,0	2,5	1,8	12,9	12,3	12,3	12,0
Niederlande	4,4	0,4	1,0	1,7	11,6	5,3	3,4	2,4	3,5	3,6	3,9	3,8
Vereinigtes Königreich	4,1	0,5	0,7	1,1	9,1	7,5	3,6	2,1	3,7	4,0	4,2	4,4
Schweiz	2,1	1,1	1,7	2,1	2,8	2,4	1,4	1,2	4,3	4,2	4,4	4,4
Mittel- und Osteuropa	4,6	1,6	3,3	3,5	13,5	12,5	6,1	3,8	3,5	3,5	3,4	3,3
Türkei	5,4	2,6	3,3	3,2	72,3	50,6	43,3	39,0	10,5	9,7	10,0	10,0
Russland[1]	–1,4	0,2	1,0	1,4	13,8	5,9	5,4	4,6	3,9	3,5	3,5	3,5
Amerika												
USA	2,1	2,0	1,8	2,1	8,0	4,0	2,0	1,7	3,6	3,7	4,1	4,1
Mexiko	3,0	3,1	1,9	2,3	7,9	5,4	3,3	2,8	3,3	3,1	3,4	3,6
Brasilien	3,0	2,5	1,3	2,1	9,3	4,1	3,8	2,9	9,5	8,7	8,9	8,8
Asien												
Japan	1,0	1,8	1,3	1,1	2,5	3,1	1,7	1,3	2,6	2,6	2,6	2,6
Südkorea	2,6	1,3	2,2	2,4	5,1	3,2	2,3	2,3	2,9	3,1	3,2	3,2
China	3,0	5,2	4,8	4,8	2,0	1,7	2,3	2,3	5,6	5,3	5,2	5,2
Indien	6,6	6,0	6,2	6,4	6,7	4,6	5,3	3,9	7,6	7,3	7,2	7,4
Total												
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	2,4	1,3	1,4	1,6	7,3	4,4	2,0	1,7	4,6	4,6	4,7	4,7
Schwellenländer	3,8	4,8	4,7	4,8	9,2	3,3	4,0	4,1	6,3	6,0	5,9	6,0
Welt	3,4	3,9	3,9	4,1	9,2	4,2	4,3	4,2	5,9	5,6	5,7	5,7
Nachrichtlich:												
Exportgewichtet[2]	*2,6*	*1,9*	*1,9*	*2,2*								
BIP in US–Dollar gewichtet[3]	*3,6*	*3,2*	*3,4*	*3,7*								

1 Die für Russland prognostizierten Daten sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Russland hat nur geringes Gewicht in der Gesamtprognose.
2 Gewichtung der Welt mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr über das Jahr 2022 aus Destatis.
3 Gewichtung der Welt mit dem Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar über 2022–2025.

Anmerkungen: Die schwarzen Zahlen sind abgerechnete Zahlen. Die Werte der Ländergruppen sind ein gewichteter Durchschnitt, wobei für die Gewichtung des BIP und der Verbraucherpreise das jeweilige Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten aus IMF World Economic Outlook für die Jahre 2022–2025 verwendet wird. Für die Gewichtung der Arbeitslosenzahlen in den Ländergruppen wird die Erwerbsbevölkerung (15–64 Jahre) des jeweiligen Landes für das Jahr 2022 verwendet. Mittel- und Osteuropa umfasst in der vorliegenden Prognose Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn.

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

nachhaltig verringern. Kurzfristig wirken die jüngst wieder gestiegenen Erdölpreise der Verlangsamung der Teuerung entgegen. Beim Erdgas blieben die Preise aber zuletzt niedrig und liegen weit unter dem Niveau von 2022 (Kasten 1).

Obgleich die Inflationsraten in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften zurückgehen, wird im Jahresdurchschnitt 2023 die Teuerung immer noch deutlich über den Zielwerten der jeweiligen Notenbanken liegen. Im Jahr 2024 wird sich die Inflation den angestrebten Raten aber annähern und sie spätestens im Jahr 2025 erreichen oder sogar unterschreiten. Die Zinserhöhungen der Notenbanken werden daher langsam an ihr Ende kommen. Ab 2024 ist in den USA und im Euroraum mit ersten Leitzinssenkungen zu rechnen. Eine Ausnahme stellt Japan dar: Die Bank of Japan hält bis jetzt an einer ultralockeren Geldpolitik fest, eine Inflationsrate über dem Ziel der Zentralbank könnte jedoch ein baldiges Ende einleiten.

Auch in vielen Schwellenländern ist die Geldpolitik restriktiv ausgerichtet. Die Inflationsraten und die Zinsen dürften aber auch in diesen Ländern in etwa ihren Höhepunkt erreicht haben. In Brasilien wurden die Zinsen Anfang August sogar schon leicht gesenkt. In Indien ist allerdings aufgrund schlechter Ernten vorübergehend wieder mit einer anziehenden Inflation zu rechnen. In China ist die Ausgangslage eine andere: Hier kam es im Juli 2023 sogar zu einer deflationären Entwicklung, also einem Rückgang des allgemeinen Preisniveaus. Dies ist ein weiteres Zeichen für eine schwächelnde Binnennachfrage.

Kasten 1

Annahmen und Rahmenbedingungen

Dieser Prognose liegen die folgenden Annahmen über den weiteren Verlauf von Leitzinsen, Wechselkursen und Rohstoffpreisen zugrunde (Tabelle). Sie wurden auf Basis der bisherigen Entwicklung, der Preise an den Terminmärkten sowie der Schlussstände zum Stichtag dieser Prognose am 11. August 2023 getroffen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) setzt aufgrund der anhaltend hohen Inflationsraten ihre Straffung der Geldpolitik fort. Nachdem der Hauptrefinanzierungssatz im Laufe des vergangenen Jahres bereits von 0 auf 2,5 Prozent und im Jahr 2023 in fünf Schritten auf 4,25 Prozent angehoben wurde, dürfte die EZB die Leitzinsen noch einmal moderat erhöhen. Im Jahresverlauf verlor die Inflation bereits an Dynamik, und die Zinserhöhungen scheinen erste Spuren in der Realwirtschaft zu hinterlassen. Es ist damit zu rechnen, dass die EZB den Hauptrefinanzierungssatz bis zum vierten Quartal 2023 auf 4,5 Prozent erhöht und als Reaktion auf rücklaufende Verbraucherpreise in der zweiten Jahreshälfte 2024 eine Zinswende einleiten wird.

Im Einklang mit der Erhöhung der Leitzinsen wird bis zum Jahresende 2023 mit einem weiteren, wenn auch weniger starken Anstieg der Geldmarktzinsen gerechnet, bevor diese im weiteren Prognosezeitraum leicht sinken. Auch die Finanzierungsbedingungen werden zunächst im Zuge der strafferen Geldpolitik restriktiver. Die Renditen für Staatsanleihen sind in Folge der Leitzinserhöhungen der EZB im vergangenen Jahr stark gestiegen. Mit der Zinswende Mitte 2024 ist für die Kapitalmarktzinsen im Prognosezeitraum mit leichten Rückgängen zu rechnen.

Die restriktive Geldpolitik im Euroraum hat den Euro gegenüber dem US-Dollar zuletzt aufwerten lassen. Für den Prognosezeitraum wird angenommen, dass der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar auf dem zum Datenschluss erreichten Niveau von 1,10 Dollar pro Euro verbleibt.

Der Preis für Brent-Rohöl wird laut Futures in den kommenden Monaten einen leichten Anstieg verzeichnen, bevor er ab kommendem Jahr und bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder sinken wird. In diesem Jahr dürfte der Preis im Durchschnitt bei 82 US-Dollar pro Barrel liegen, bevor er von einem Durchschnittspreis von 83 US-Dollar im Jahr 2024 auf einen Durchschnittspreis von 78 US-Dollar im Jahr 2025 sinkt.

Tabelle

Annahmen dieser Prognose

		2022	2023	2024	2025
EZB-Leitzins (Jahresende)	Prozent	2,5	4,5	4,3	3,0
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,3	3,4	3,6	3,1
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit zehnjähriger Restlaufzeit	2,0	3,0	2,7	2,7
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit zehnjähriger Restlaufzeit	1,2	2,4	2,2	2,3
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,05	1,09	1,10	1,10
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	98,6	82,1	82,7	78,2
Gaspreis	Euro/MWh	133,9	40,3	51,5	46,2

Anmerkung: Jahresdurchschnittswerte, sofern nicht anders angegeben.

Quellen: Europäische Zentralbank; European Money Markets Institute (EMMI); Exchange; Deutsche Bundesbank; Federal Reserve; Intercontinental Exchange (ICE); CME Group; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Die Großhandelspreise für Gas (TTF) haben ihre Höchststände vom Sommer 2022 ebenfalls überwunden und sinken seit September vergangenen Jahres kontinuierlich. Für das Jahr 2022 wird ein Jahresdurchschnitt von 134 Euro angenommen. Für das laufende Jahr ist zunächst mit einem drastischen Preisrückgang und im letzten Quartal mit einem leichten Preisanstieg zu rechnen. Der durchschnittliche Gaspreis dürfte im Jahr 2023 bei 40 Euro je Megawattstunde liegen. In den Jahren 2024 und 2025 wird jeweils mit einem Preis von 52 Euro und 46 Euro je Megawattstunde gerechnet.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine birgt erhöhte politische und wirtschaftliche Risiken. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass der Krieg zwischen der Ukraine und Russland im Prognosezeitraum andauern wird und die westlichen Sanktionen gegen Russland bestehen bleiben. Es wird angenommen, dass zusätzliche erhebliche Verwerfungen an den Rohstoffmärkten dank diesjähriger Rekordernten nicht zu erwarten sind, auch wenn Russland das Getreideabkommen mit der Ukraine auslaufen lassen hat. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass die Zahl der Geflüchteten über den Prognosehorizont nur noch leicht zunehmen wird.

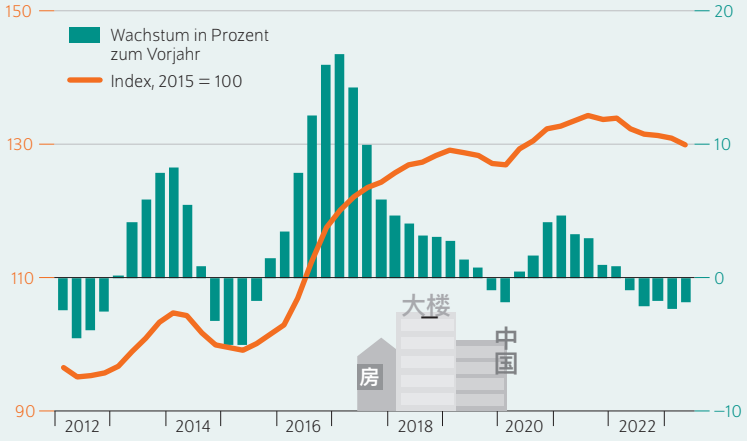
Von der Finanzpolitik kommen im Prognosezeitraum nur leichte Impulse für die Wirtschaft. Die Maßnahmen gegen die drohende Energiekrise im vergangenen Winter und die Unterstützungsmaßnahmen, die während der Corona-Pandemie beschlossen wurden, sind größtenteils ausgelaufen. Stimulierende Effekte auf die Konjunktur gehen von längerfristig ausgerichteten Investitionspaketen aus, wie dem NextGenerationEU in der EU und dem Inflation Reduction Act in den USA. Auch in den Schwellenländern sind aufgrund der recht günstigen wirtschaftlichen Entwicklung keine umfangreichen Fiskalpakete zu erwarten. Anders in China: Fiskalpolitisch stemmt sich die Regierung mit zielgerichteten Maßnahmen für den Immobiliensektor gegen die schwache wirtschaftliche Entwicklung. Sollten diese nicht die gewünschte Wirkung zeigen, ist mit einem umfangreichen Fiskalpaket zu rechnen.

Der Welthandel ist im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent zurückgegangen (Abbildung 3). Die schwache Entwicklung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und die geringe

Abbildung 2

Realer Hauspreisindex in China

Index 2015 = 100 (linke Achse), Wachstum in Prozent zum Vorjahr (rechte Achse)



Anmerkung: Der reale Hauspreisindex ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen dem nominalen Hauspreisindex und dem Deflator der Verbraucherausgaben in China laut OECD-Datenbank. Der nominale Hauspreisindex umfasst die Verkäufe von neu gebauten und bestehenden Wohnungen, entsprechend den Empfehlungen des RPPI-Handbuchs (Residential Property Prices Indices).

Quelle: OCED.

© DIW Berlin 2023

In China gehen die Wachstumsraten der Hauspreise seit dem vergangenen Jahr auf Talfahrt.

Dynamik in China dürften dazu führen, dass der Welthandel vorerst weiterhin nur mit mäßigen Raten wächst. Immer deutlicher zeigen sich hingegen in den Handelsströmen die geo- und handelspolitischen Spannungen im Umfeld von China und die westlichen Sanktionen gegen Russland. Der chinesische und der türkische Handel Richtung Russland gewinnen an Bedeutung, während der direkte europäische Handel nach Russland zum Erliegen gekommen ist.

Im laufenden Jahr legt die globale Produktion allmählich und moderat zu. Die langsam abnehmende Verbraucherpreisinflation zusammen mit den noch hohen Zinsen dämpft zunächst das weltwirtschaftliche Wachstum. Auch die geringen finanzpolitischen Impulse können der Wirtschaft keinen Aufwind verleihen. Stabilisierend wirkt der vielerorts robuste Arbeitsmarkt.

Während das Wachstum in den Schwellenländern in diesem Jahr 4,8 Prozent betragen dürfte, werden die fortgeschrittenen Volkswirtschaften – auch aufgrund der schleppenden Erholung im Euroraum und im Vereinigten Königreich – durchschnittlich nur um 1,3 Prozent zulegen (Tabelle 1). Alles in allem ist für die Weltwirtschaft 2023 mit einer Wachstumsrate von 3,9 Prozent zu rechnen. Damit liegt die Herbstprognose des DIW Berlin um 0,4 Prozentpunkte höher als die Sommerprognose (3,5 Prozent). Zum einen wurden die Produktionszahlen im ersten Quartal für den Euroraum hochrevidiert, zum anderen entwickelt sich die Wirtschaft in den USA und Japan, aber auch in Indien und Brasilien dynamischer als gedacht.

Ab 2024 ist wieder mit höheren Wachstumsraten zu rechnen, insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften; ein kräftiger Aufschwung ist allerdings nicht in Sicht. Nach dem allmählichen Abflauen der Inflation wird die Kaufkraft der Haushalte weniger geschwächt, was den privaten Konsum stützen wird. Investitionen dürften vor allem von finanzpolitischen Maßnahmen wie den längerfristig ausgerichteten Investitionspaketen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften angeregt werden. Im Jahr 2025 werden die meisten Volkswirtschaften wieder mit ähnlichen Raten zulegen wie in den Jahren vor der Pandemie und somit zum jeweiligen Potenzialwachstum zurückkehren. In den Jahren 2024 und 2025 dürfte die Weltwirtschaft um 3,9 beziehungsweise um 4,1 Prozent zulegen. Das DIW Berlin senkt die Prognose für 2024 leicht um 0,2 Prozentpunkte.

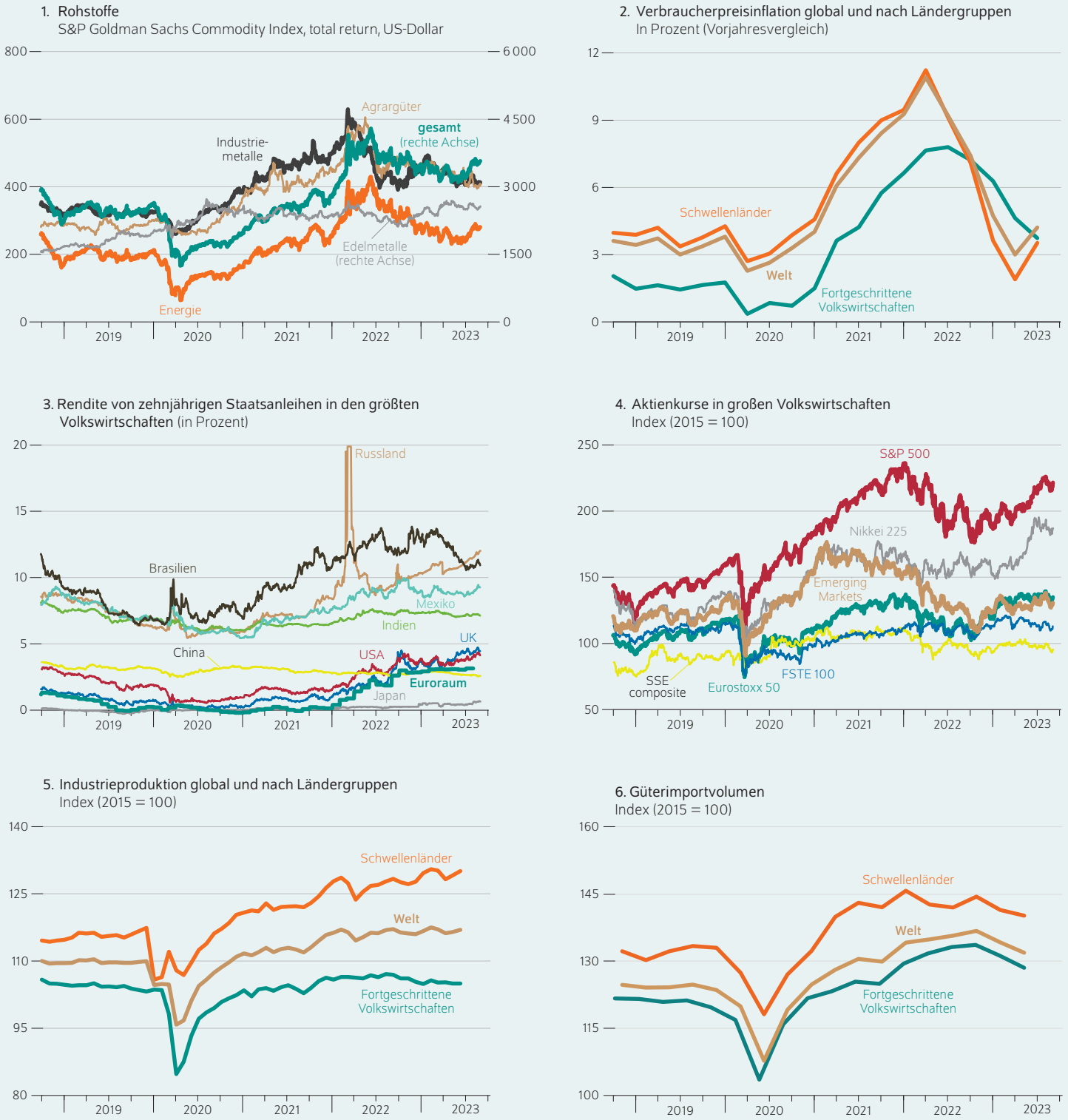
Dieser Prognose liegen mehrere Unsicherheitsfaktoren zugrunde. Ein Risiko besteht darin, dass die Inflationsraten auf einem hohen Niveau verharren, zum Beispiel wenn die Nominallöhne vielerorts deutlicher steigen als prognostiziert oder die Preise für Erdöl und andere Rohstoffe stärker anziehen als angenommen. Die Zentralbanken müssten dann ihre Geldpolitik noch restriktiver gestalten. Dies könnte zu Verwerfungen an den Finanzmärkten führen, was die Tragfähigkeit der Schulden der privaten und öffentlichen Haushalte gefährden könnte.

Ein zusätzlicher Risikofaktor liegt in einer schweren Immobilien- und Finanzkrise in China, die hauptsächlich über die internationalen Handelsverflechtungen die Weltwirtschaft beeinträchtigen würde. Sollte die chinesische Regierung hingegen ein umfassendes Fiskalpaket auf den Weg bringen, könnten die chinesischen Wachstumsraten auch höher ausfallen und der Weltwirtschaft zusätzlichen Schwung verleihen.

Geopolitische Konflikte etwa im südchinesischen Meer oder der Krieg in der Ukraine könnten sich verschärfen, was den Welthandel belasten und das globale Wirtschaftswachstum bremsen könnte.

Abbildung 3

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld



Anmerkung: Letzte Beobachtungen: 29. August 2023 (Abbildungsteil 1); 30. Juni 2023 (Abbildungsteil 2); 29. August 2023 (Abbildungsteil 3); 29. August 2023 (Abbildungsteil 4); 30. Juni 2023 (Abbildungsteil 5); 30. Juni 2023 (Abbildungsteil 6).

Quellen: S&P Dow Jones Indices; Deutsche Börse; CBOE; EZB; PboC; Federal Reserve; BoE; BOJ; Central Bank of Brazil; Bureau of Labor Statistics; IHS Markit; CPB Word Trade Monitor.

© DIW Berlin 2023

Euroraum: Konjunktur kommt nur langsam in Fahrt

Die Wirtschaft im Euroraum hat sich im ersten Halbjahr 2023 besser entwickelt als zuletzt in der Sommerprognose erwartet. So wuchs das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,3 Prozent, nachdem die Wirtschaft im Winterhalbjahr letztlich nur knapp einer Rezession entkam. Das Wachstum im ersten Quartal 2023 wurde um 0,1 Prozentpunkte auf 0,0 Prozent nach oben revidiert, sodass der Euroraum nach einem negativen Schlussquartal 2022 nicht in eine technische Rezession rutschte, was zwei negative Quartale in Folge voraussetzt.

Allerdings überdeckt die wirtschaftliche Erholung im zweiten Quartal 2023 erhebliche Disparitäten zwischen den Mitgliedsländern. Der Beitrag Italiens und der Niederlande zum Wachstum des Euroraums war negativ, vor allem wegen des Rückgangs des privaten Verbrauchs, während die Wirtschaft in Deutschland stagnierte. Trotz des hohen Exportwachstums war Frankreichs Binnennachfrage im zweiten Quartal erneut negativ. Nur in Spanien wuchs die Binnennachfrage kräftig durch eine Wiederbelebung des privaten und öffentlichen Konsums; allein eine starke Exportkorrektur verhinderte ein noch höheres Wachstum.

Im laufenden Quartal dürfte das Euroraum-Wachstum nur leicht zulegen, da die Volkswirtschaften sowohl mit einer zwar rückläufigen, aber immer noch hohen Inflation als auch mit den Folgen der geldpolitischen Straffung konfrontiert sind. Das Konsumentenvertrauen verbessert sich nach dem starken Rückgang zu Beginn des Krieges in der Ukraine stetig, konnte im August aber nicht weiter zulegen und bleibt eher pessimistisch (Abbildung 4).

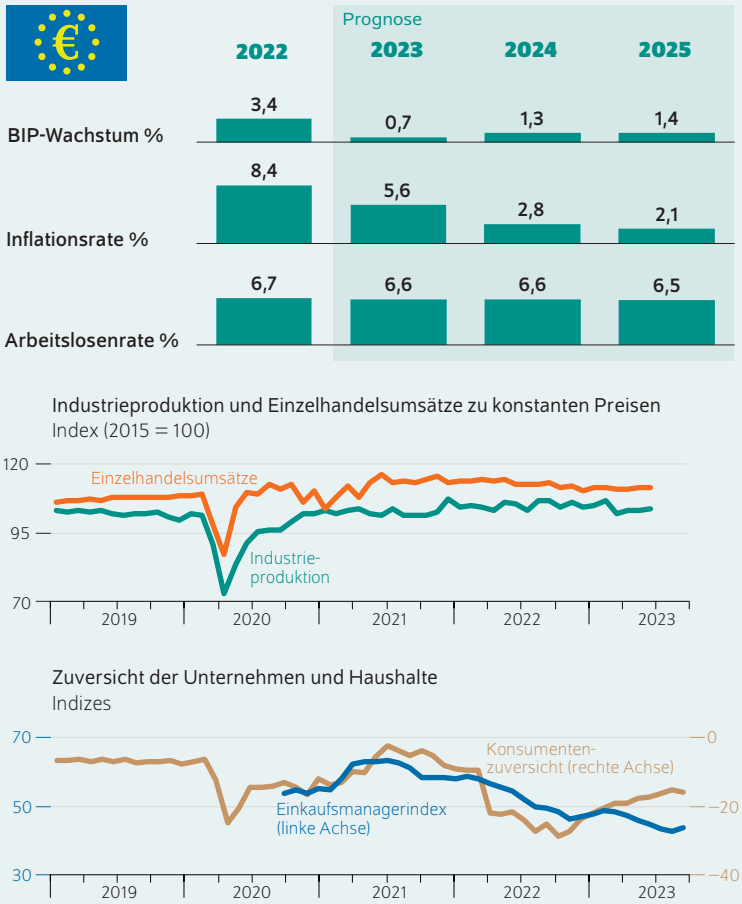
Harte Konjunkturdaten wie die Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze stabilisierten sich im zweiten Quartal und dürften leicht zulegen. Wichtige Frühindikatoren wie der Einkaufsmanagerindex und der Economic Sentiment Indikator der Europäischen Kommission deuten weiterhin auf eine konjunkturelle Schwäche hin. Dem steht ein äußert robuster Arbeitsmarkt mit einer historisch niedrigen Arbeitslosenquote gegenüber.

Nach einem wohl gedämpften dritten Quartal wird die Konjunktur im Euroraum im weiteren Prognosezeitraum voraussichtlich Fahrt aufnehmen. Die restriktive Geldpolitik, die noch immer hohe Kerninflation und die daraus resultierenden schwachen Reallöhne werden die wirtschaftliche Erholung etwas verlangsamen. Die Stagnation im Winterhalbjahr ließ die Produktionslücke deutlich negativ werden – die Unterauslastung der Produktionskapazitäten wird daher die Inflation senken.[1] Ende 2024 dürften die Wachstumsraten wieder leicht über den langfristigen Trend steigen und damit die Produktionslücke allmählich schließen. Im Jahr 2025 dürfte der Euroraum somit – bei einer Inflationsrate von nahe zwei Prozent und neutral ausgerichteter Geldpolitik – dem langfristigen Trend entsprechend wachsen.

Der private Konsum dürfte sich in der zweiten Jahreshälfte 2023 langsam erholen und ab 2024 maßgeblich zum wirtschaftlichen Aufschwung beitragen. Vor allem ein spürbarer Rückgang der Verbraucherpreisinflation und eine weiterhin robuste Lage auf den Arbeitsmärkten im Euroraum dürften die Reallöhne gegen Jahresende steigen lassen und damit die Kaufkraft der privaten Haushalte stützen. Trotz des deutlichen binnenwirtschaftlichen Abschwungs im Winterhalbjahr 2023 blieb die Beschäftigung auf einem sehr hohen Niveau. Die Arbeitslosenquote des Euroraums ist weiterhin auf einem Tiefstand von 6,4 Prozent im Juli und damit stabil im Vergleich zum Vormonat. Mehr als ein Viertel der Unternehmen im Euroraum berichtet im Juli 2023, dass ihre Geschäftsaktivität aufgrund des Arbeitskräftemangels

Abbildung 4

Euroraum auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen: Juni 2023 (Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze); August 2023 (Einkaufsmanagerindex und Konsumentenzuversicht).

Quellen: Markit; Eurostat; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

1 Vgl. AMECO Economy and Finance Annual Macroeconomic Database (2023): Potential Gross Domestic Product at Constant Prices. European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs (online verfügbar, abgerufen am 30. August 2023. Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht).

eingeschränkt ist. Die angespannte Arbeitsmarktlage sollte daher in den nächsten Quartalen die bestehenden Arbeitsplätze absichern und die Position der Beschäftigten in Lohnverhandlungen stärken. Die Arbeitslosenquoten dürften in den meisten Mitgliedstaaten 2024 nur geringfügig ansteigen, bevor sie 2025 wieder fallen.

Die bereits deutlich gesunkenen Energiepreise und die allmählich nachlassende Nahrungsmittelteuerung lassen die Gesamtinflation zurückgehen. Jedoch bleibt die Kerninflationsrate – Verbraucherpreisinflation ohne Energie und Lebensmittel – erhöht. Aufgrund der noch steigenden Dienstleistungspreise und des ausgelasteten Arbeitsmarktes in den meisten Euroländern wird sie nur langsam zurückgehen. Die Gesamtinflation dürfte im Jahr 2023 bei 5,6 Prozent liegen. In den Jahren 2024 und 2025 wird sie wohl auf 2,8 Prozent und 2,1 Prozent sinken. Angesichts des spürbaren Rückgangs der Inflation, der kommenden Lohnverhandlungen und der geplanten Erhöhungen der Mindestlöhne (insbesondere in Deutschland und Frankreich) dürften die Reallöhne im Schlussquartal 2023 leicht und ab Anfang 2024 stärker steigen und somit den privaten Konsum begünstigen. Innerhalb des Prognosehorizonts werden die Reallöhne jedoch nicht an den Trend von vor der Pandemie heranreichen und die Reallohnverluste der vergangenen Jahre nicht ausgleichen können.

Die Investitionstätigkeit dürfte in den kommenden Quartalen die Binnennachfrage nur wenig stützen. Während die Bruttoanlageinvestitionen die Konjunktur in Spanien, den Niederlanden und Italien in der ersten Jahreshälfte 2023 noch deutlich begünstigten, was vor allem auf die Umsetzung der nationalen Wiederaufbau- und Resilienzprogramme zurückzuführen ist, sind die Investitionen in Frankreich bereits leicht zurückgegangen. Die Volkswirtschaften des Euroraums belasten die verschlechterten Finanzierungsbedingungen. Die Investitionen dürften im Laufe des Jahres 2024, unterstützt durch EU-Mittel, und 2025, sobald sich die geldpolitischen Bedingungen lockern, wieder an Dynamik gewinnen.

Vom Außenhandel sind vorerst keine positiven Impulse für den Euroraum zu erwarten. Mit Ausnahme von Frankreich trug der Außenhandel im zweiten Quartal 2023 negativ zum Wirtschaftswachstum des Euroraums bei: In Spanien gingen die Exporte stärker zurück als die Importe, während in den Niederlanden die Importe stiegen beziehungsweise die Exporte sanken. Die Nachfrage aus den USA und dem asiatischen Raum (ohne China) dürfte sich solide entwickeln, während die generell schwache Entwicklung in China die Auslandsnachfrage belasten wird. Im Jahr 2024 dürften jedoch die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen nach Nordamerika und dem asiatischen Raum Fahrt aufnehmen.

Die Geldpolitik dürfte die Konjunktur in der Währungsunion weiter belasten, bis die Europäische Zentralbank die Zinszügel ab der zweiten Jahreshälfte 2024 lockern wird. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die EZB ihren Kurs der Inflationsbekämpfung entschlossen fortsetzen und somit ihren Hauptrefinanzierungssatz im vierten Quartal 2023 erneut um 25 Basispunkte auf 4,50 Prozent anheben wird (Kasten 1). Der Kurs der EZB zur Eindämmung der Inflation zeigt Wirkung, wie langsam sinkende umfragebasierte Inflationserwartungen nahelegen.[2] Der erwartete Realzins, also der Nominalzins abzüglich der Inflationserwartungen, erreicht damit ein höheres und schrittweise restriktiveres Niveau, das die Kerninflation langsam eindämmen dürfte. Ein wesentliches Risiko besteht zu diesem Zeitpunkt darin, dass der robuste Arbeitsmarkt zu höheren Lohnsteigerungen als erwartet führt. Dann könnten die eingepreisten langfristigen Realzinsen sich als nicht restriktiv genug erweisen und die EZB zu weiteren Zinserhöhungen zwingen, was wiederum die wirtschaftliche Erholung zusätzlich bremsen würde.

In den kommenden Quartalen sind keine neuen positiven Impulse von der Fiskalpolitik im Euroraum zu erwarten. Nachdem die Finanzpolitik der Euroländer im Winterhalbjahr die binnenwirtschaftliche Aktivität unterstützt hat, dürfte sie ab Mitte 2023 leicht und in den Jahren 2024 und 2025 stärker restriktiv werden. Die Maßnahmen, die den Auswirkungen der steigenden Energiepreise entgegenwirken sollen, dürften somit vor allem in Frankreich und Italien schrittweise auf die einkommensschwächsten Haushalte umgeschichtet oder sogar abgeschafft werden. Das NextGenerationEU-Programm wird vor allem in Spanien und Italien die Investitionen weiter stützen.[3]

Alles in allem wird die Konjunktur im Euroraum im weiteren Prognosezeitraum nach einem gedämpften dritten Quartal 2023 voraussichtlich graduell wieder in Fahrt kommen. Die Wirtschaft wird im laufenden Jahr aber eher schwach um 0,7 Prozent wachsen (Abbildung 4). Im kommenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 1,3 Prozent und 2025 um 1,4 Prozent zulegen. Im Vergleich zur Sommerprognose hat sich das Konjunkturbild im Euroraum leicht verbessert: Die Aussicht für das Wirtschaftswachstum wurde für das laufende Jahr um 0,2 Prozentpunkte nach oben revidiert.

2 Siehe auch die Diskussion über marktbasierte versus umfragebasierte Inflationserwartungen: Europäische Zentralbank (2023): Update on economic, financial and monetary developments (online verfügbar).

3 Vgl. für weitere Details über das Programm Timm Bönke et al. (2023): DIW-Konjunkturprognose: Deutsche Wirtschaft kämpft sich aus der Winterrezession. DIW Wochenbericht Nr. 24 (online verfügbar).

Mittel- und osteuropäische Länder: Sinkende Teuerung belebt privaten Konsum

Das Bruttoinlandsprodukt in den mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union hat sich im ersten Halbjahr 2023 schwach entwickelt. Nach einem starken Auftaktquartal – getrieben von einer hohen Wachstumsrate in Polen – kam es im zweiten Quartal zu einer Gegenbewegung. Dabei sank die Wirtschaftsleistung in Polen mit 3,7 Prozent deutlich und nahm nur in Rumänien mit 0,9 Prozent merklich zu.

Für Polen und Tschechien zeigt der Einkaufsmanagerindex eine derzeit schwache Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe: Der Index bleibt weit unter der Expansionsschwelle. Die Gründe sind nicht mehr Lieferschwierigkeiten. Diese haben sich entspannt und Vorprodukte können sogar günstiger bezogen werden. Exemplarisch hierfür ist die Lage in der tschechischen Automobilindustrie, die unter Zulieferengpässen gelitten hatte, inzwischen die Produktionszahlen aber wieder steigern konnte. Vielmehr belastet eine geringe Nachfrage die Geschäftstätigkeit der Unternehmen. Dies äußert sich in geringeren Auftragseingängen, auch aus dem Ausland. Dabei dürfte die konjunkturelle Schwäche Deutschlands als wichtiger Handelspartner eine Rolle spielen. In dieser Situation arbeiten die Unternehmen Auftragsbestände ab. Es kommt zur Entlassung von Arbeitskräften. Allerdings sind auch die mittel- und osteuropäischen Länder mit einem Fachkräftemangel konfrontiert, so dass Unternehmen wohl versuchen, qualifizierte Beschäftigte zu halten. Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt in der Region insgesamt weiterhin gut. Die Arbeitslosenrate ist mit einem Niveau von 3,5 Prozent gering.

Die noch hohe Teuerungsrate drückte im ersten Halbjahr offenbar auf den privaten Konsum. Dennoch haben die nationalen Zentralbanken die Zinsen nicht weiter erhöht. Sie gehen davon aus, dass die Preissteigerung im zweiten Halbjahr 2023 stärker abflacht. Die Teuerung ohne Energie und Lebensmittel ist bereits seit Mai in den meisten Ländern deutlich rückläufig. Im weiteren Verlauf ist daher mit sinkenden Inflationsraten zu rechnen. Gegen Ende des Prognosezeitraums dürfte die Teuerung in den meisten Ländern wieder im Zielkorridor der jeweiligen Zentralbanken liegen. Schwierig bleibt die Lage in Ungarn, das derzeit europaweit die höchste Teuerungsrate aufweist.

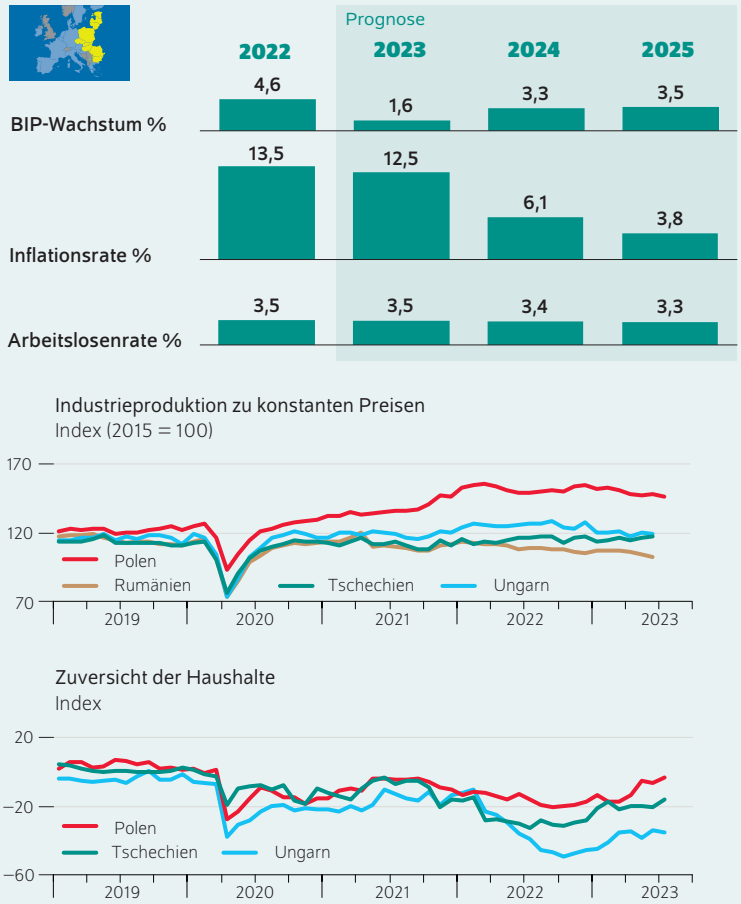
Mit rückläufiger Teuerung werden die Verbraucher*innen wohl ihren Konsum ausweiten. Bei den für mittel- und osteuropäische Länder wichtigen EU-Fonds laufen die Zuflüsse aus der bisherigen Förderperiode 2014 bis 2020 mit Nachlauffristen aus, während Mittelzuflüsse aus der neuen Förderperiode erst anlaufen. Hieraus resultiert eine vorübergehende Delle bei den Mittelzuflüssen und in der Folge wohl auch bei der Umsetzung von Projekten. Hinzu kommt, dass trotz des Scheiterns Polens vor dem EuGH der Streit um die polnische Justizreform nicht ausgestanden ist und die EU-Kommission weiterhin Mittel für Polen aus dem Corona-Wiederaufbaufonds zurückhält. Neben Polen, dem Land mit den EU-weit höchsten EU-Mittelzuweisungen, bleiben zunächst auch für Ungarn Gelder aus Brüssel blockiert. Damit ist ein Wachstumsimpuls durch EU-Fonds verzögert zu erwarten.

Die mittel- und osteuropäischen Länder sind von Rückgängen im Handel mit Russland betroffen. Zudem wird sich die Entwicklung in China auf die Region auswirken. Als Handelspartner westeuropäischer Länder wird sie wohl noch attraktiver, wenn es darum geht, Lieferketten zu sichern, auch um die Abhängigkeit von China zu verringern.

Insgesamt wird sich die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr in den mittel- und osteuropäischen Ländern noch schwach entwickeln und im weiteren Verlauf erholen (Abbildung 5). So dürfte das Wirtschaftswachstum der Region in den kommenden beiden Jahren bei 3,3 beziehungsweise 3,5 Prozent liegen.

Abbildung 5

Mittel- und Osteuropa auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtung Juli 2023 (Abbildungsteil oben, Polen); Juni 2023 (Abbildungsteil oben, Ungarn, Tschechien, Rumänien); Juli 2023 (Abbildungsteil unten).

Quellen: Nationale statistische Ämter; Europäische Kommission; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Vereinigtes Königreich: Inflation sinkt, Konsum steigt

Das Wirtschaftswachstum des Vereinigten Königreichs ist mit 0,1 Prozent im ersten und 0,2 Prozent im zweiten Quartal leicht angezogen. Gestützt wurde das Wachstum vor allem von Staatsausgaben, privatem Konsum und einem positiven Lagerbeitrag. Negativ zum Wachstum trug der Außenbeitrag bei.

Auch im aktuellen Quartal ist wohl nur mit verhaltenem Wachstum zu rechnen. Zwar hellte sich die Stimmung der Konsument*innen zuletzt auf, wohl auch wegen der zurückgehenden Inflation. Jedoch bleibt das Konsumentenvertrauen weiterhin getrübt und auch die Wachstumsraten des Einzelhandels sind rückläufig. Die Einkaufmanagerindizes liegen im Dienstleistungs- und Bausektor zwar über der Expansionsschwelle von 50, die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe trübt sich aber weiter ein.

Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs dürfte auch in der zweiten Jahreshälfte nur schwach wachsen und erst zum Ende des Prognosezeitraums wieder mehr Fahrt aufnehmen. Die restriktive Geldpolitik wird sich wohl weiter negativ auf die Haushalts- und Unternehmensinvestitionen auswirken, während die öffentlichen Investitionen mit den im Frühjahr beschlossenen Ausgaben wohl steigen werden. Höhere Lohnabschlüsse und fallende Inflationsraten deuten auf ein Reallohnwachstum in den kommenden Quartalen hin, was den Konsum stützen dürfte.

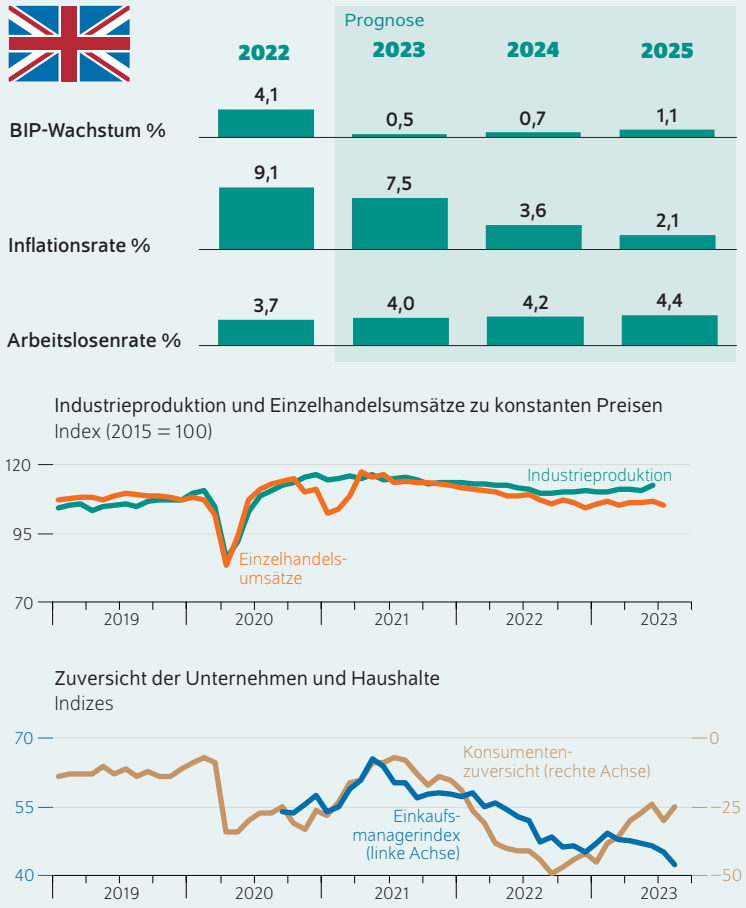
Die Arbeitsmarktlage bleibt weiterhin angespannt. Die Regierung hatte zuletzt einige Maßnahmen in Kraft gesetzt, um Nichterwerbstätige wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies scheint nun erste Wirkungen zu zeigen. Die Nichterwerbstätigenquote war zuletzt rückläufig, jedoch ist der Anteil der Langzeiterkrankten weiterhin hoch. Auch erhöhte sich in den vergangenen Quartalen die Arbeitslosenrate leicht.

Die Inflation dürfte ihren Gipfelpunkt dank rückläufiger Energiepreise überschritten haben. Lag sie im Mai noch bei 8,7 Prozent, ist sie bis Juli auf 6,8 Prozent gesunken. Jedoch steigen die Preise im Dienstleistungsbereich, und die Nahrungsmittelteuerung geht nur langsam zurück. Die Gesamtinflationsrate und somit die Kostenbelastung der privaten Haushalte dürften sich nur allmählich verringern. Zur Bekämpfung der Inflation hob die Zentralbank ihren Leitzins im August erneut um 25 Basispunkte auf 5,25 Prozent an. Somit liegt er 100 Basispunkte über dem der EZB. Obgleich die restriktive Geldpolitik langsam Wirkung zeigt, bleibt die Inflationsrate immer noch deutlich höher als in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Mit einer Lockerung der Geldpolitik ist damit erst Ende 2024 zu rechnen.

Die Finanzpolitik dürfte die britische Wirtschaft weiterhin stützen. Der im März beschlossene Haushaltsplan verlängert die Maßnahmen zur Abfederung der hohen Energiekosten bis März 2024 und sieht zudem eine neue Investitionszulage und umfangreiche Ausgaben in den Bereichen Arbeitsmarkt, Gesundheit und Verteidigung vor. Ab 2024 dürfte die Finanzpolitik restriktiver ausfallen.

Abbildung 6

UK auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen Juli 2023 (Industrieproduktion); Juni 2023 (Einzelhandelsumsätze); August 2023 (Einkaufsmanagerindex und Konsumentenzuversicht).

Quellen: Markit; GfK UK; U.K. Office for National Statistics; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs wird wohl eine Rezession über den Prognosezeitraum hinweg vermeiden können. Zudem dürfte das im Februar 2023 beschlossene neue Windsor-Abkommen, das vor allem den Handel über Nordirland regelt und bis 2025 implementiert wird, die Post-Brexit-Unsicherheit verringern und den britischen Außenhandel stützen.

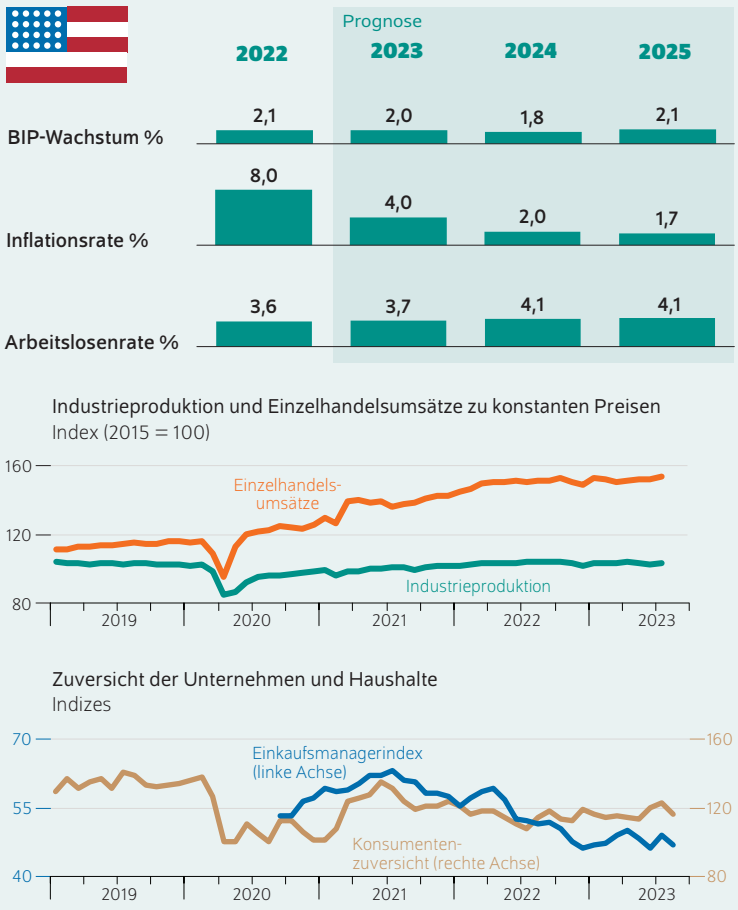
Alles in allem ist im Vereinigten Königreich mit einem schwachen Wachstum von 0,5 Prozent im Jahr 2023 und einer leichten Erholung von 0,7 Prozent beziehungsweise 1,1 Prozent in den Jahren 2024 und 2025 zu rechnen (Abbildung 6). Im Vergleich zur Sommerprognose wird das Wachstum im Jahr 2023 um 0,2 Prozentpunkte nach oben revidiert. Dies ist hauptsächlich auf ein robusteres Konsumwachstum im zweiten Quartal zurückzuführen.

USA: Keine Rezession in Sicht, Investitionen schieben Wachstum an

Die US-Wirtschaft legte im zweiten Quartal 2023 recht kräftig um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal zu (annualisiert 2,1 Prozent). Während der private Konsum etwas an Dynamik einbüßte und moderat um 0,4 Prozent zulegte, stiegen die Unternehmensinvestitionen um 1,5 Prozent. Die Inanspruchnahme von staatlichen Subventionen für Halbleiterfabriken (Chips & Science Act) und von Steuervergünstigungen für die erneuerbare Energieproduktion (Inflation Reduction Act) dürfte wesentlich zu dieser robusten Dynamik beigetragen haben. Bei den Wohnungsbauinvestitionen hat sich die vor etwa einem Jahr begonnene Talfahrt fortgesetzt. Der Tiefpunkt dürfte nun aber allmählich erreicht sein. Vom Außenhandel kamen im zweiten Quartal 2023 keine positiven Impulse für die US-Wirtschaft. Im Zuge des schwächelnden Welthandels waren sowohl die Exporte als auch die Importe rückläufig, wobei die Exporte noch deutlicher zurückgingen.

Abbildung 7

USA auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen August 2023.

Quellen: Markit; The Conference Board; Federal Reserve; U.S. Census Bureau; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Die US-Wirtschaft dürfte auch im dritten Quartal ihren Wachstumskurs fortsetzen. Der private Konsum wird wohl weiter zulegen; darauf deuten etwa die Einzelhandelsumsätze hin, die zum Sommerbeginn gestiegen sind. Auch die Stimmungslage der Konsument*innen hat sich zuletzt etwas verbessert. Bei den Unternehmen ist diese im Dienstleistungssektor besser als in der Industrie, wo sich die Einschätzungen der Geschäftslage verschlechtert haben. Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie verharrte im Juli deutlich unter der Expansionsschwelle von 50.

Auch im weiteren Prognosezeitraum wird die US-Wirtschaft wohl moderat wachsen. Im vierten Quartal 2023 dürfte sich die Konjunktur zunächst abkühlen: Der private Konsum wird wohl noch weiter an Schwung verlieren und sich erst in der zweiten Jahreshälfte 2024 wieder beleben. Die Lage am Arbeitsmarkt ist gegenwärtig zwar gut, trübt sich aber ein. Die Zahl neugeschaffener Stellen ist im Trend rückläufig; im Juli wurden aber immerhin noch 187 000 neue Jobs geschaffen. Die Unternehmensinvestitionen werden wohl auch angesichts der staatlichen Förderprogramme weiterhin zulegen, aber weniger dynamisch als zuletzt. Gegen Ende 2024 dürften dann allmählich sinkende Realzinsen die Finanzierungsbedingungen verbessern und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen anregen.

Die US-Regierung hat eine Reihe von längerfristig angelegten Förderprogrammen auf den Weg gebracht. Hierzu zählen der Inflation Reduction Act für den Ausbau der erneuerbaren Energie und der Chips & Science Act für den Ausbau der Halbleiterproduktion. Darüber hinaus sind von der Finanzpolitik im Prognosezeitraum keine weiteren Impulse zu erwarten. Zudem hat die Einigung im Streit um öffentliche Ausgaben den fiskalischen Spielraum über den Prognosehorizont deutlich verringert.

Die Geldpolitik ist seit dem Frühjahr 2022 rasch restriktiver geworden, was insbesondere auch die Inflationserwartungen eingedämmt hat. Die Inflation hat sich auch dank einer Beruhigung bei den Energie- und Lebensmittelpreisen schrittweise reduziert. Die US-Notenbank wird wohl vor diesem Hintergrund die Zinsen bis zum Ende des Jahres auf dem gegenwärtigen Niveau belassen. Die Märkte erwarten eine erste leichte Zinssenkung im ersten Halbjahr 2024. Die Inflation wird im Jahresdurchschnitt 2023 mit 4,0 Prozent noch deutlich erhöht sein, aber in den Jahren 2024 und 2025 auf unter zwei Prozent sinken.

Alles in allem wird die US-Wirtschaft im laufenden Jahr wohl um 2,0 Prozent zulegen (Abbildung 7). Die erwartete schwache konjunkturelle Dynamik zum Jahresende 2023 sorgt für einen negativen Überhang, so dass die Wachstumsrate im kommenden Jahr mit 1,8 Prozent etwas niedriger ausfallen dürfte. Für das Jahr 2025 wird eine Wachstumsrate von 2,1 Prozent erwartet. Somit haben sich die Aussichten der US-Wirtschaft für 2023 und für 2024 im Vergleich zur Sommerprognose deutlich verbessert. Insbesondere die Ausweitung der Unternehmensinvestitionen im Zuge der Fiskalpakete wurde unterschätzt.

Japan: Starkes erstes Halbjahr überrascht

Japan hat die Märkte im zweiten Quartal 2023 mit einer sehr positiven Wirtschaftswachstumsrate von 1,5 Prozent überrascht. Das war das zweite Wachstumsquartal in Folge. Getragen wurde es von einem positiven Außenbeitrag: Die Exporte konnten sich – dank eines schwachen Yen – erholen (3,2 Prozent), während die Importe (–4,3 Prozent) weiter zurückgingen. Die Konsumentenstimmung nimmt weiterhin zu, auch wenn der Index immer noch unter der Expansionsschwelle von 50 liegt. Die Investitionsbereitschaft der japanischen Unternehmen hingegen bewegt sich nach wie vor nur um die 50er-Schwelle.

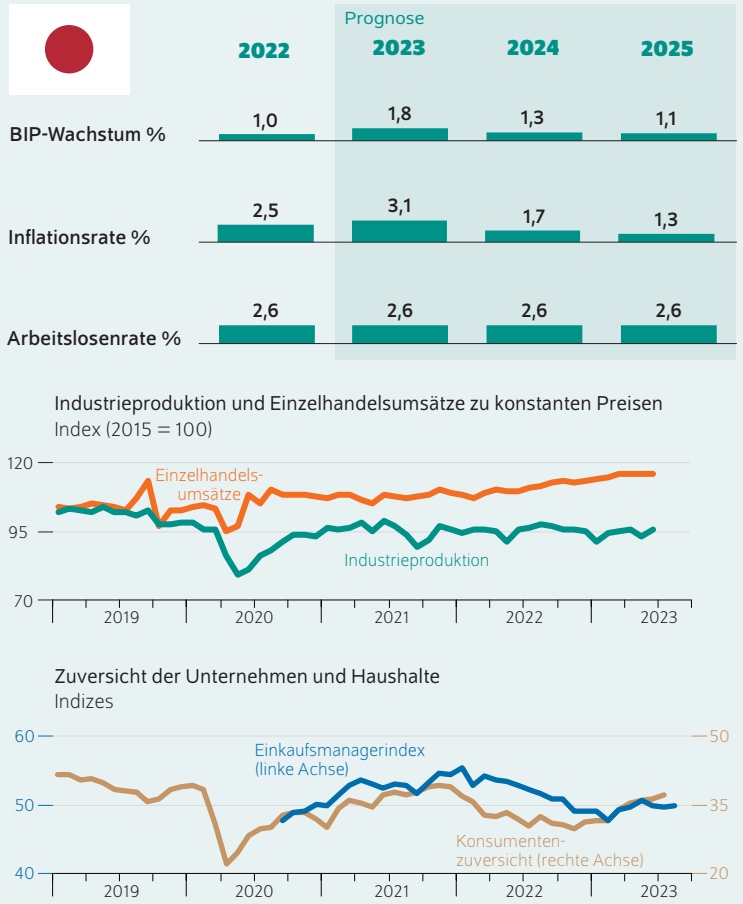
In der zweiten Jahreshälfte dürfte eine schwächer als erwartet ausfallende Erholung Chinas und eine weiterhin etwas schwache Weltwirtschaft die japanischen Warenexporte dämpfen, was für etwas Abkühlung sorgt. Der Erholungsprozess des privaten Verbrauchs dürfte hingegen von den größten Lohnerhöhungen für Beschäftigte seit drei Jahrzehnten gestützt werden. Das sollte die Einkommen der Haushalte stärken und die Binnennachfrage ankurbeln. Die amtliche Arbeitslosenquote dürfte sich dabei kaum verändern: Sie verbleibt im Prognosezeitraum wohl bei 2,6 Prozent.

Nachdem die Kerninflation (Inflation ohne frische Lebensmittel) 2022 auf dem höchsten Stand seit vier Jahrzenten lag, ist sie im Juli 2023 dank fallender Energiepreise wieder rückläufig. Die Teuerungsrate inklusive frischer Lebensmittel beläuft sich unverändert gegenüber dem Vormonat auf 3,3 Prozent. Somit verbleibt die Inflation weiterhin weit über dem Zielwert der Bank of Japan (BoJ) von zwei Prozent. Die Zentralbank beließ auf ihrer Sitzung im August zwar die Leitzinsen auf dem niedrigen Stand von –0,1 Prozent, nahm jedoch im Umfeld weltweit steigender Zinsen und eines fallenden Yens mit einer Änderung zur Steuerung der Renditekurve eine überraschend restriktive Anpassung vor: Die Zentralbank ließ die Rendite zehnjähriger Anleihen über die Obergrenze von 0,5 Prozent steigen. Wie sehr das den Markt überraschte, ließ sich an der Rendite ablesen: Nach der Ankündigung stieg sie auf den höchsten Stand seit fast neun Jahren.

In diesem Jahr dürfte die Inflation weiterhin hoch bleiben (3,1 Prozent), bevor sie 2024 allmählich auf 1,7 Prozent und Ende 2025 auf 1,3 Prozent sinkt. Japan-spezifische Faktoren könnten aber ein Absinken der Inflation verhindern: Im Frühjahr hatte Japan eine der stärksten Lohnverhandlungsrunden. Zudem könnten eine weitere Abwertung des Yens, Zweitrunden-Effekte der importierten Inflation und die Wiedereröffnung der Grenzen nach der Pandemie die Inflation hochhalten. Bislang war die Bank of Japan tolerant, wenn die Inflation vorübergehend über ihrem Ziel liegt, mittelfristig dürfte sich aber der Druck auf die Zentralbank erhöhen, der ultralockeren Geldpolitik ein Ende zu setzen. Der Yen liegt weiterhin unter seinem Zehn-Jahres-Durchschnitt und dürfte zum Jahresende mit dem erwarteten Ende der US-Zinserhöhungen auch noch etwas aufwerten. Der Mitte August unterzeichnete trilaterale Pakt zwischen den USA, Südkorea und Japan könnte dem japanischen Außenhandel zudem weiteren Rückenwind verleihen.

Abbildung 8

Japan auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen Juni 2023; August 2023 (Einkaufsmanagerindex).

Quellen: Markit; The Conference Board; Japanese Ministry of Economy, Trade and Industry; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

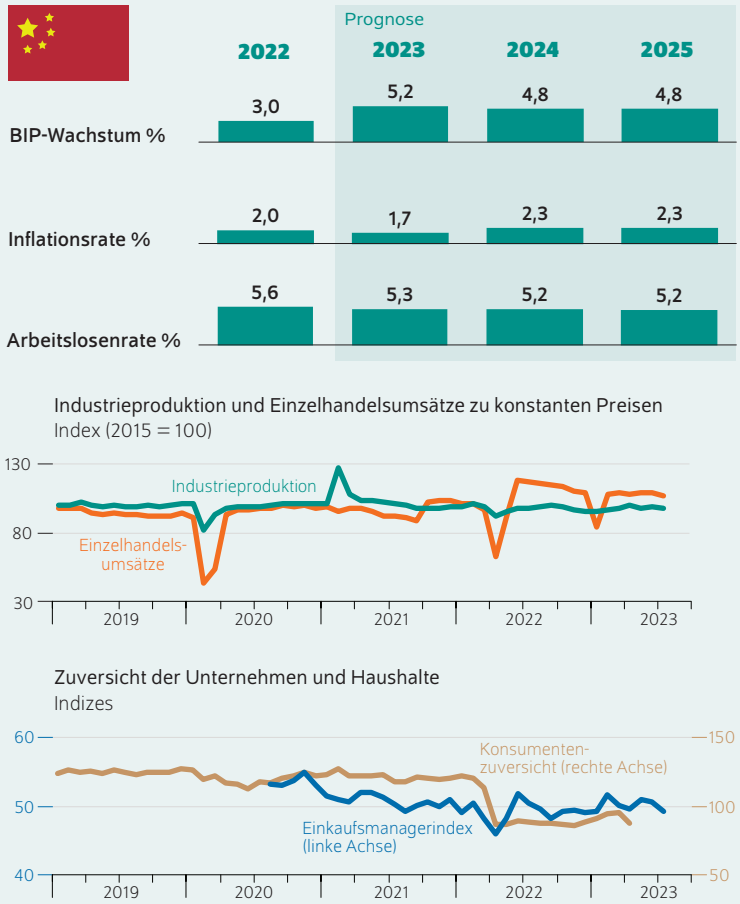
Die japanische Wirtschaft ist eine der wenigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die im Jahr 2023 besser dastehen als im Jahr 2022 (Abbildung 8). Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im laufenden Jahr um sehr solide 1,8 Prozent zulegen und damit dank gestiegener Exporte etwas höher liegen als im Sommer prognostiziert. Im Jahr 2024 wird sich die Wirtschaft dank des Aufwinds aus den anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiter erholen; aufgrund des stärkeren Yens wird die Wachstumsrate von 1,3 Prozent wohl etwas schwächer ausfallen. Im Jahr 2025 dürfte die japanische Wirtschaft mit 1,1 Prozent zu ihren längerfristigen Wachstumsraten zurückkehren.

China: Wirtschaftsaufschwung kommt ins Wanken

Chinas Wirtschaft ist im zweiten Quartal 2023 im Vergleich zum Vorquartal nur um 1,1 Prozent gewachsen. Verglichen mit dem noch guten Jahresstart mit 2,4 Prozent im ersten Quartal verlangsamt sich damit das Wachstum der Wirtschaftsleistung deutlich. Grund dafür ist zum einen die schwelende Immobilienkrise, die die Kaufkraft der privaten Haushalte schwächt und somit die Binnennachfrage belastet. Zum anderen wirkt sich die schleppende Erholung der fortgeschrittenen Volkswirtschaften negativ auf den Außenhandel aus. Gleichzeitig sind auch die Aussichten trüb: Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe ist im Juli wieder unter die Expansionsschwelle von 50 gesunken, und die Konsumentenzuversicht ist weiterhin gedämpft (Stand April 2023). Auch die Jugendarbeitslosigkeit stieg im Juni 2023 auf einen neuen Rekordwert von 21,3 Prozent, im Vergleich zu knapp 17 Prozent Anfang 2023. Das Bruttoinlandsprodukt wird im verbleibenden Halbjahr 2023 wohl im Schnitt um noch 0,6 Prozent pro Quartal zunehmen und damit weit unter den Erwartungen liegen.

Abbildung 9

China auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen Juli 2023; April 2023 (Konsumentenzuversicht).

Quellen: Markit; The Conference Board; China National Bureau of Statistics; China Association of Automobile Manufacturers; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Chinas Verbraucherpreise hatten im Juli zum ersten Mal deflationäre Tendenzen und sanken im Jahresvergleich um 0,3 Prozent, nachdem sie im Vormonat unverändert geblieben waren. Dies ist ein weiteres Zeichen dafür, dass nach Aufhebung der Null-Covid-Politik die erwartete Erholung der Binnennachfrage ausbleibt. Die chinesische Zentralbank hat Mitte August den Zinssatz von 2,65 Prozent auf 2,5 Prozent gesenkt, nachdem sie im Juni bereits einen Zinsschritt im gleichen Umfang vorgenommen hatte. In diesem Jahr dürfte die Inflationsrate 1,7 Prozent betragen. In den Jahren 2024 und 2025 dürfte sie sich mit jeweils 2,3 Prozent wieder normalisieren.

Angesichts der schwächelnden Wirtschaft steigt der Druck auf die Zentralregierung, einzuschreiten und ein umfangreiches fiskalpolitisches Paket zu verabschieden. Zielgerichtete Maßnahmen umfassen bisher mehr Mittel für lokale und teils hochverschuldete Kommunen und eine einjährige Verlängerung eines früheren Plans zur Unterstützung von Bauunternehmen. Die Immobilienkrise schlägt sich auf die Binnennachfrage nieder: Ärmere Hausbesitzer*innen zahlen Schulden ab, trotz niedriger Zinssätze, während Kaufinteressent*innen fehlen. Gleichzeitig macht der Bausektor rund ein Viertel der chinesischen Wirtschaftsleistung aus. Doch die Probleme zeigen sich deutlich: Mitte August hatte einer der größten Immobilienkonzerne, Evergrande, in den USA einen Antrag auf Gläubigerschutz gestellt. Country Garden, ein weiterer wichtiger chinesischer Immobilienentwickler, geriet ebenfalls in Zahlungsschwierigkeiten. Der chinesische Renminbi verlor seit Anfang 2023 fünf Prozent gegenüber dem US-Dollar, sollte aber bis Ende des Jahres – mit einem Ende der Zinserhöhungen der großen Zentralbanken – wieder an Wert gewinnen.

In diesem Jahr dürfte Chinas Wirtschaft um 5,2 Prozent wachsen und damit annähernd den Zielvorgaben der Regierung entsprechen (Abbildung 9). Die schwache Außenhandelsnachfrage wird weiterhin auf dem Wachstum lasten, auch wenn sie ab Anfang 2024 vom Wirtschaftsaufschwung der fortgeschrittenen Volkswirtschaften profitieren dürfte. Die Wachstumsaussichten für 2024 und 2025 betragen jeweils nur 4,8 Prozent. Verglichen mit der Sommerprognose haben sich die Aussichten für 2024 aufgrund der schwachen Binnennachfrage eingetrübt.

Der größte Risikofaktor ist derzeit der Immobilienmarkt und generell das Wachstumsmodell Chinas. Der Wirtschaftsaufschwung könnte einerseits von kurzer Dauer sein, wenn sich der Immobiliensektor weiterhin verschlechtert und die staatlichen Maßnahmen nicht ausreichen. Andererseits könnte ein umfangreiches Fiskalpaket weitere Wachstumsimpulse setzen. Sollte Präsident Xi Jinping die staatliche Kontrolle der Wirtschaft weiter ausweiten, besteht zudem die Gefahr, dass sich ausländische Firmen aus China zurückziehen.

Privater Konsum gibt Startschuss für Erholung der deutschen Wirtschaft

Die erhoffte wirtschaftliche Erholung in Deutschland nach der Rezession im Winter ist ausgeblieben. Im zweiten Quartal stagnierte das Bruttoinlandsprodukt (Abbildung 10).[4] Zwar zeigen revidierte Daten, dass der Wachstumsrückgang im Winterhalbjahr deutlich milder ausgefallen ist als zunächst berichtet.[5] Dennoch enttäuscht die Seitwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft, insbesondere weil andere fortgeschrittene Volkswirtschaften schneller wieder Fuß gefasst haben.

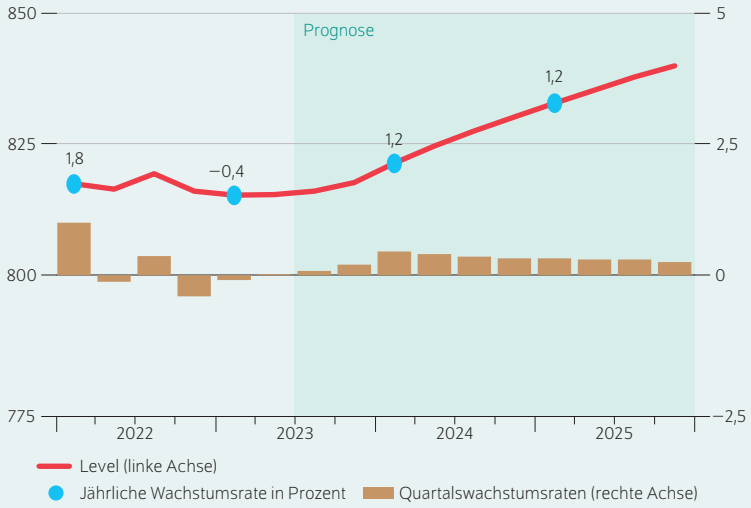
Der private Konsum entwickelte sich ähnlich verhalten wie zu Jahresbeginn, wohl weil die weiterhin starken Preissteigerungen nur teilweise durch die Zuwächse der Nominaleinkommen kompensiert wurden. Zwar deuteten wichtige Tarifabschlüsse, beispielsweise im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen sowie in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes, und eine robuste Entwicklung des Arbeitsmarkts auf größere Nominallohnsteigerungen im zweiten Quartal hin.

Allerdings stiegen die Arbeitseinkommen zuletzt schwächer als erwartet. Erst ein Teil der Zuwächse, insbesondere Sonderzahlungen, kam zum Ende des zweiten Quartals im Portemonnaie der Beschäftigten an. So legten die Bruttoverdienste je Arbeitnehmer*in im ersten Quartal dieses Jahres um 2,6 Prozent und im zweiten lediglich um 0,3 Prozent im Vergleich zum Vorquartal zu, obwohl die Arbeitsstunden anstiegen. Von den Zuwächsen der Arbeitseinkommen dürften die mittleren bis oberen Einkommensgruppen etwas mehr profitiert haben. Der DIW-Nowcast zur Arbeitseinkommensverteilung zeigt eine leichte Erhöhung der Ungleichheit im laufenden Jahr (Kasten 2). Insgesamt sank das verfügbare Einkommen der Haushalte leicht. Zudem nahmen Haushalte vor allem aus den mittleren bis oberen Einkommensgruppen wohl eine abwartende Haltung ein: Zuletzt erhöhte sich die Sparquote um 1,2 Prozentpunkte, während der Konsum von langlebigen Gebrauchsgütern weiter zurückging.

Die Kauflaune der Haushalte dürfte auch durch die anhaltend hohe Verbraucherpreisinflation gedämpft worden sein. Diese blieb mit 6,1 Prozent im August nahezu unverändert auf dem Niveau vom Mai. Zwar sind die Steigerungsraten der Energie- und mittlerweile auch der Lebensmittelpreise deutlich zurückgegangen, allerdings bleibt die Teuerungsrate insbesondere im Dienstleistungsbereich wohl auch wegen der kräftigen Nominallohnsteigerungen zum Jahresbeginn weiterhin hoch.

Abbildung 10

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland
In Milliarden Euro (linke Achse) bzw. in Prozent zum Vorquartal (rechte Achse)



Anmerkung: Prognose ab dem dritten Quartal 2023, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Die deutsche Wirtschaft stagniert im Sommerhalbjahr, mehr Schwung wird es erst ab dem Jahreswechsel geben.

Neben dem schwachen privaten Verbrauch bremste zuletzt auch der Außenhandel die Konjunktur. Da die Exporte bei stagnierenden Importen im zweiten Quartal dieses Jahres deutlich zurückgingen, war der Außenbeitrag kräftig im Minus. Zwar legten die Investitionen aus privater und öffentlicher Hand mit 0,4 Prozent leicht zu (Abbildung 11). Dass die inländische Verwendung insgesamt positiv war, ist allerdings in erster Linie auf stark ausgeweitete Lagerbestände zurückführen. Diese trugen im zweiten Quartal 0,4 Prozentpunkte zum Bruttoinlandsprodukt bei.

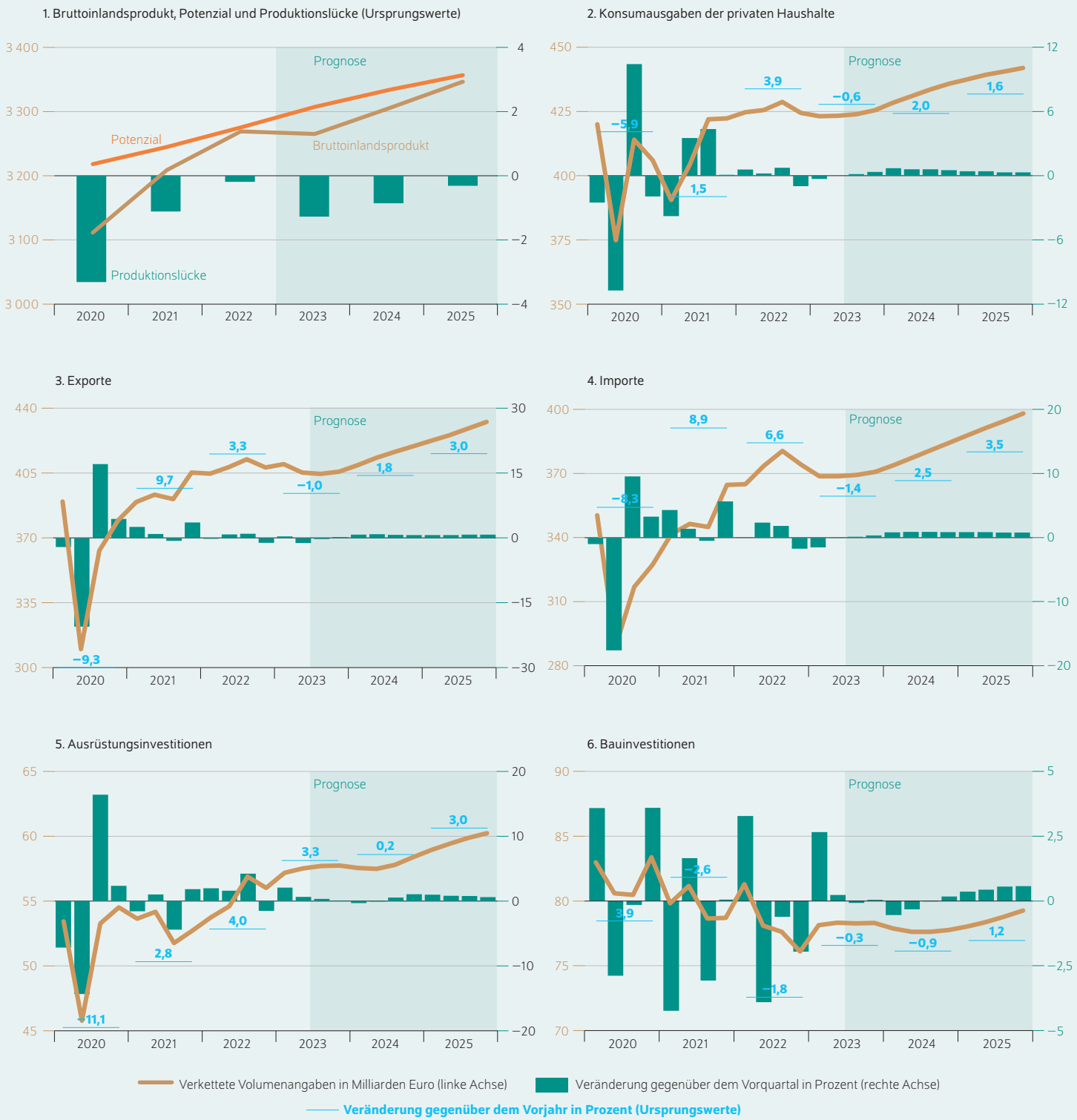
Auch die Produktion fiel im zweiten Quartal mau aus. Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete nur leichte Zuwächse um 0,1 Prozent und profitierte dabei von den nach wie vor hohen Auftragsbeständen, die infolge der Normalisierung der internationalen Lieferketten weiter abgearbeitet wurden. Die Bauproduktion wurde ebenfalls leicht ausgeweitet und legte um 0,2 Prozent zu. Hingegen ging die Wertschöpfung im Dienstleistungssektor deutlich zurück. Insbesondere konsumnahe Dienstleistungen verbuchten, wohl auch wegen des schwachen privaten Konsums, ein Minus. So sank beispielsweise die Produktion im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe um 1,4 Prozent.

4 In dieser Prognose werden preisbereinigte Kennzahlen berichtet, außer bei der Beschreibung von Preis- und Lohnentwicklungen, den öffentlichen Finanzen und dem öffentlichen Defizit.

5 Das vierte Quartal 2022 wurde um 0,1 Prozentpunkte nach oben revidiert, das erste Quartal 2023 sogar um 0,2 Prozentpunkte.

Abbildung 11

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison-, kalender- und preisbereinigter Verlauf



Anmerkung: Prognose ab dem dritten Quartal 2023, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

In Prozent (jeweils gegenüber dem Vorquartal, saison- und kalenderbereinigt)

	2022				2023				2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,6	0,2	0,7	−1,0	−0,3	0,0	0,2	0,4	0,7	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	1,4	−0,1	−1,1	−0,2	−1,9	0,1	0,5	0,0	0,5	0,2	−0,1	−0,2	0,0	0,0	−0,3	−0,3
Bruttoanlageinvestitionen	2,2	−1,6	1,0	−1,3	1,7	0,4	0,2	0,2	−0,3	−0,1	0,3	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Bauten	3,3	−3,9	−0,6	−2,0	2,7	0,2	−0,1	0,0	−0,5	−0,3	0,0	0,2	0,4	0,4	0,6	0,6
Ausrüstungen	1,9	1,6	4,2	−1,5	2,1	0,6	0,3	0,1	−0,3	−0,1	0,5	1,0	1,0	0,8	0,8	0,6
Sonstige Investitionen	−0,6	0,3	0,1	0,8	−1,6	0,4	0,8	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7
Lagerveränderung[1]	0,1	0,7	0,3	0,2	−0,8	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	1,2	0,5	0,7	−0,7	−1,0	0,6	0,3	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2
Außenbeitrag[1]	−0,1	−0,6	−0,3	0,2	0,9	−0,5	−0,2	0,0	0,0	0,1	0,0	−0,1	−0,1	−0,1	0,0	0,0
Export	−0,1	0,9	1,0	−1,1	0,4	−1,1	−0,2	0,3	0,8	1,0	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8
Import	0,1	2,4	1,8	−1,7	−1,5	0,0	0,2	0,4	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8
Bruttoinlandsprodukt	1,0	−0,1	0,4	−0,4	−0,1	0,0	0,1	0,2	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung	0,6	0,3	0,6	−0,6	0,2	−0,5	0,1	0,2	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Verarbeitendes Gewerbe	−1,3	0,5	0,7	0,4	−0,1	0,1	0,0	0,0	0,6	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3
Baugewerbe	0,7	−2,7	−2,1	−2,4	5,3	0,2	−1,0	−0,8	−0,4	−0,2	0,0	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	−0,3	0,1	1,2	−1,2	−0,5	−1,4	0,1	0,4	0,9	0,9	0,8	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	1,8	−0,7	0,2	0,2	0,2	0,0	0,2	0,4	0,6	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	1,9	0,7	1,4	−0,5	−0,3	−0,8	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Anmerkung: Prognose ab dem dritten Quartal 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Derzeit trübt sich die Stimmung weiter ein: Schon seit Sommerbeginn blicken Unternehmen zunehmend pessimistisch in die Zukunft. So liegt der Einkaufsmanagerindex mittlerweile deutlich unter der Expansionsschwelle von 50 Indexpunkten. Während der Index für das Verarbeitende Gewerbe schon länger unter dieser Schwelle liegt, hat zuletzt auch der für die deutsche Wirtschaft ungleich wichtigere Bereich der Dienstleistungen stark nachgegeben und rutschte ebenfalls darunter. Auch der ifo Geschäftsklimaindex war im August den vierten Monat in Folge rückläufig. Hier ergibt sich ein ähnliches Bild: Die Aussichten verdüstern sich nicht nur im Verarbeitenden Gewerbe, sondern zuletzt auch im Dienstleistungssektor. Die maue Neuauftragslage dürfte besonders die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe pessimistisch stimmen. Die schlechten Aussichten in der Industrie ziehen zudem die Stimmung einiger wichtiger Dienstleistungsbereiche wie Transport und Logistik deutlich herunter. Aber auch die Laune in konsumnahen Dienstleistungsunternehmen wie etwa Hotels und Restaurants war zuletzt etwas getrübt. Passend dazu stagnierte die Zuversicht der Konsument*innen laut GFK-Konsumklima im August (Abbildung 12).

Das laufende dritte Quartal dürfte somit schwach ausfallen. Wie die trübe Stimmung und die bislang veröffentlichten Vorlaufindikatoren andeuten, wird das Verarbeitende Gewerbe wohl stagnieren. Zwar konnten die Neuaufträge im Juni um rund 14 Prozent zulegen, bereinigt um die volatilen Großaufträge sind sie allerdings leicht zurückgegangen.[6] Zudem bleibt die Auslandsnachfrage weiter schwach. Die schleppende Erholung wichtiger Handelspartner im Euroraum wie Frankreich und die Flaute der chinesischen Wirtschaft wird wohl vor allem die Exporte deutscher Ausrüstungsgüter dämpfen. Gegen einen deutlichen Rückgang im laufenden Quartal spricht der zuletzt stabile LKW-Maut-Fahrleistungsindex. Er misst die Fahrleistung mautpflichtiger LKW und lässt so Rückschlüsse auf die Produktionsleistung zu.

Vom Bau werden wohl keine merklichen Impulse ausgehen. Zwar ist der Bestand an geplanten und genehmigten Bauvorhaben noch so groß, dass dessen Abarbeitung den Sektor im laufenden und kommenden Quartal noch stabilisieren dürfte. Angesichts der weiterhin hohen Zinsen und vor allem der stark rückläufigen Bauanträge ist ab kommendem Jahr allerdings mit anhaltenden Rückgängen beim Bau zu rechnen. Angelehnt an die verhaltende Entwicklung im Produzierenden Gewerbe, zu dem das Verarbeitende Gewerbe und der Bau gehören, werden wohl auch die privaten Investitionen im laufenden Quartal weiter an Dynamik verlieren und nur leicht expandieren. Der Dienstleistungsbereich

6 Das Plus ist einem Anstieg der Neuaufträge aus dem Ausland zu verdanken. Dies ist wohl auf einen Großauftrag von Airbus nach einer Bestellung der Fluggesellschaft Air India zurückzuführen. Die Fertigstellung dürfte sich über einen längeren Zeitraum erstrecken und entsprechend gering auf die Entwicklung der Produktion des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt wirken.

Kasten 2

Nowcast der Arbeitseinkommensungleichheit

Das DIW Berlin hat ein Modell entwickelt, mit dem die Arbeitseinkommensungleichheit bis an den aktuellen Rand prognostiziert werden kann (sogenannter Nowcast).[1] Dabei werden jährlich vorliegende mikroökonomische Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) mit einer Vielzahl höherfrequenter gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen und Arbeitsmarkt-Indikatoren in einem makroökonometrischen Modell kombiniert, um so die durchschnittlichen Arbeitsseinkommen verschiedener Einkommensgruppen fortzuschreiben. Auf Basis der Modellergebnisse kann unter bestimmten Verteilungsannahmen eine Arbeitseinkommensverteilung für die Gesamtbevölkerung erstellt werden.

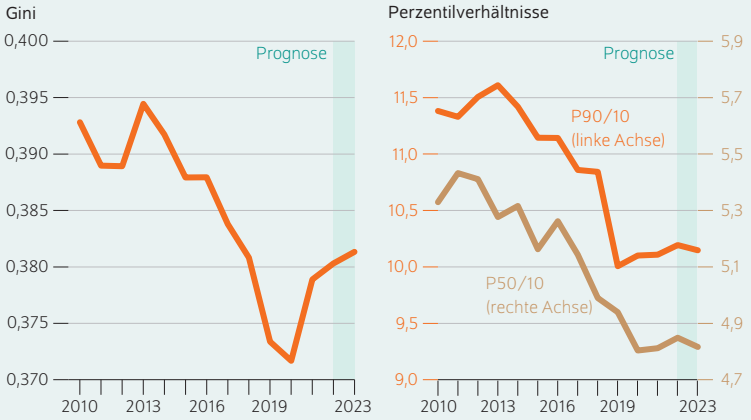
Das Modell erlaubt es auch, die aktuelle Konjunkturprognose in den Nowcast einzubeziehen. Somit kann eine Aussage über den wahrscheinlichen Verlauf der Arbeitseinkommensungleichheit in Abhängigkeit der vom DIW Berlin angenommenen Entwicklung der Wirtschaftsleistung getroffen werden. Die SOEP-Daten liegen aktuell bis zum Jahr 2021 vor (Welle v38). Somit wird das Modell genutzt, um die Entwicklung der Ungleichheit für die Jahre 2022 und 2023 zu schätzen. Dabei beruht die Schätzung für 2022 ausschließlich auf abgerechneten makroökonomischen Daten, während der Nowcast für das aktuelle Jahr auch die Konjunkturprognose des DIW Berlin beinhaltet.

Die Modellergebnisse suggerieren einen leichten Anstieg der Ungleichheit der Arbeitseinkommen im vergangenen Jahr, die sich in diesem Jahr kaum verändert haben dürfte (Abbildung). Eine solche Aufwärtstendenz ist nicht unüblich in Zeiten geringen Wachstums und Stagnation. So ist der Gini-Koeffizient zwischen 2021 und 2022 sowie in diesem Jahr wohl erneut minimal gestiegen. Dagegen dürften die Einkommensverhältnisse zwischen Spitzen- und Niedrigverdienenden (P90/10) sowie zwischen der Mitte und dem unteren Ende der Verteilung (P50/10) nach einem Anstieg im vergangenen in diesem Jahr sogar leicht sinken. Insgesamt ist die Konstanz der Ungleichheitsmaße wohl der bislang robusten Entwicklung des Arbeitsmarkts zu verdanken.

1 Vgl. Timm Bönke, Geraldine Dany-Knedlik und Laura Pagenhardt (2023): Neues DIW-Modell kann Einkommensverteilung am aktuellen Rand vorhersagen – Ungleichheit dürfte in diesem Jahr leicht zunehmen. DIW Wochenbericht Nr. 24, 326–332 (online verfügbar).

Abbildung

Tatsächliche und prognostizierte Entwicklung des Gini-Koeffizienten und ausgewählter Perzentilverhältnisse
Indexpunkte (linke Grafik), Prozent (rechte Grafik)



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Die Ungleichheit dürfte in diesem Jahr leicht steigen.

dürfte insgesamt leicht zulegen, obgleich einige industrienahe Dienstleistungen wie Verkehr und Logistik angesichts des schwachen Verarbeitenden Gewerbes etwas zurückgehen dürften. Hingegen werden wohl die konsumnahen Dienstleistungen wieder ein leichtes Plus verbuchen.

Weitere Nominallohnsteigerungen und Sonderzahlungen werden den privaten Verbrauch im laufenden Quartal vermutlich anschieben. Merkliche Zuwächse der Arbeitseinkommen kündigen sich gegen Quartalsende beispielsweise durch die wohl bald endenden Tarifverhandlungen im Handel und die jüngste Einigung bei der Deutschen Bahn an. Zudem dürften die Inflationsraten nun allmählich niedriger ausfallen. Darauf deuten auslaufende Basiseffekte und die zuletzt weiter stark gesunkenen Produzenten- und Großhandelspreise hin. Dies dürfte die Kaufkraft der Haushalte stärken.

Insgesamt werden der Verbrauch und die Investitionen die konjunkturelle Erholung wohl stützen. Negative Impulse kommen hingegen vom Außenhandel: Da die Exporte im laufenden Quartal infolge der schwachen internationalen Nachfrage erneut etwas zurückgehen, während die Importe im Einklang mit dem privaten Konsum leicht zulegen dürften, ergibt sich ein negativer Außenbeitrag. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal mit 0,1 Prozent wohl nur leicht ansteigen (Tabelle 2).

Zum Jahresende dürfte die deutsche Wirtschaft wieder Tempo aufnehmen; richtig in Fahrt kommt sie aber wohl erst ab nächstem Jahr. Haupttreiber dürfte die Wiederbelebung des privaten Verbrauchs sein (Tabelle 3). Zum einen werden Löhne und Gehälter zum Beginn des kommenden Jahres aufgrund bereits beschlossener Tariferhöhungen merklich ansteigen. Zum anderen dürften angesichts auslaufender Tarifverträge in vielen beschäftigungsstarken Bereichen kräftige Nominallohnsteigerungen zum Ende des Jahres verhandelt werden, die dann ab 2024 ihre volle Wirkung entfalten. Zuträglich dürfte auch die weiterhin robuste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sein. Hinzu kommt die graduell

abnehmende Teuerung gestützt durch die zunächst weiterhin restriktiv ausgerichtete Geldpolitik. Dieser Prognose wird unterstellt, dass die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen zunächst im Herbst noch einmal anhebt und zum Ende des kommenden Jahres, wenn die erwartete Inflation im Euroraum wieder nahe des Inflationsziels liegt, erste Zinssenkungen vornimmt (Kasten 1). Die Preise für Energie und Lebensmittel haben sich im Sommer bereits mit verminderten Raten erhöht. Die Inflationsrate dürfte trotzdem nur langsam sinken, weil sich die gestiegenen Löhne und der insgesamt breite Preisdruck deutlich in der Kernrate, die Energie- und Nahrungsmittelpreise ausklammert, bemerkbar machen. Daher dürfte die Inflationsrate länger auf einem hohen Niveau bleiben und erst Ende 2024 bei 2,0 Prozent liegen.

Die Finanzpolitik ist geprägt von auslaufenden Krisenmaßnahmen und wird die Konjunktur wohl nur mit leichten Impulsen stützen. Deutlichen Schwung verleiht sie der deutschen Wirtschaft aber nicht. Von den meisten gewichtigen Maßnahmen wie dem Inflationsausgleichsgesetz profitieren die private Haushalte. Größere investive Maßnahmen wurden bislang nicht beschlossen.[7] Zudem bestehen durch die größtenteils aufgeschobene Ausgestaltung der Energiewende politische Unwägbarkeiten, die die Anschaffungsneigung von Unternehmen und Haushalten bremsen dürften. Darüber hinaus lasten die weiterhin hohen Zinsen auf der Investitionsbereitschaft. Mit der für die zweite Jahreshälfte 2024 angenommenen Zinswende und der anziehenden Weltnachfrage dürften die Bruttoanlageinvestitionen wieder expandieren. Eine dynamischere globale Produktion im nächsten Jahr dürfte zudem den deutschen Exporten Auftrieb verleihen und den Außenhandel stützen.

Alles in allem wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr aufgrund des schwachen Winterhalbjahrs und der nur verhaltenen Erholung in der zweiten Jahreshälfte wohl um 0,4 Prozent zurückgehen und in den kommenden Jahren dann mit jeweils 1,2 Prozent robust zulegen. Damit senkt das DIW Berlin die Prognose für das Bruttoinlandsprodukt für dieses Jahr um 0,2 Prozentpunkte und für 2024 um 0,3 Prozentpunkte. Dies ist zum einen auf die Revision des Bruttoinlandsprodukts zurückzuführen und zum anderen auf das schwache Wachstum im zweiten Quartal dieses Jahres samt den eingetrübten Aussichten für das laufende Quartal. Mit dieser Prognose liegt die Produktionslücke in Deutschland zum Ende dieses Jahres bei minus 1,5 Prozent und dürfte sich bis 2025 auf minus 0,3 Prozent geschlossen haben (Kasten 3).

Die Verbraucherpreisinflation dürfte im Jahresschnitt 2023 bei 6,1 Prozent liegen, bevor sie 2024 auf 2,4 Prozent und 2025 auf 2,0 Prozent zurückgeht (Tabelle 4). Gegenüber der Sommerprognose hebt das DIW Berlin damit die Inflationsprognose für dieses Jahr um 0,2 Prozentpunkte an und senkt sie für 2024 um 0,1 Prozentpunkte. Die Kernrate dürfte 2023 im Durchschnitt 5,5 Prozent betragen und im Jahr 2024 auf 3,1 Prozent, beziehungsweise 2,0 Prozent im Jahr 2025, fallen.

Tabelle 3

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland
In Prozentpunkten (preisbereinigt)

	Veränderungsbeiträge[1]			
	2022	2023	2024	2025
Konsumausgaben	2,3	−0,6	1,2	0,7
Private Haushalte	1,9	−0,3	1,0	0,8
Staat	0,3	−0,4	0,2	−0,1
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	0,2	0,0	0,4
Bauten	−0,2	0,0	−0,1	0,1
Ausrüstungen	0,3	0,2	0,0	0,2
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	0,7	−0,1	0,2	0,1
Inländische Verwendung	3,0	−0,5	1,4	1,3
Außenbeitrag	−1,2	0,2	−0,2	−0,1
Exporte	1,6	−0,5	0,9	1,4
Importe	2,8	−0,7	1,1	1,5
Bruttoinlandsprodukt[2]	**1,8**	**−0,4**	**1,2**	**1,2**

1 Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts.
2 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Ein Risiko für die deutsche Konjunktur stellt eine höhere Preissteigerung durch erneute Verteuerung von Energie oder durch eine stärkere Übertragung von Lohnsteigerungen auf das allgemeine Preisniveau dar. In diesem Zusammenhang könnte auch die Geldpolitik länger restriktiver ausgerichtet bleiben und die deutsche Konjunktur wäre deutlich mehr belastet.

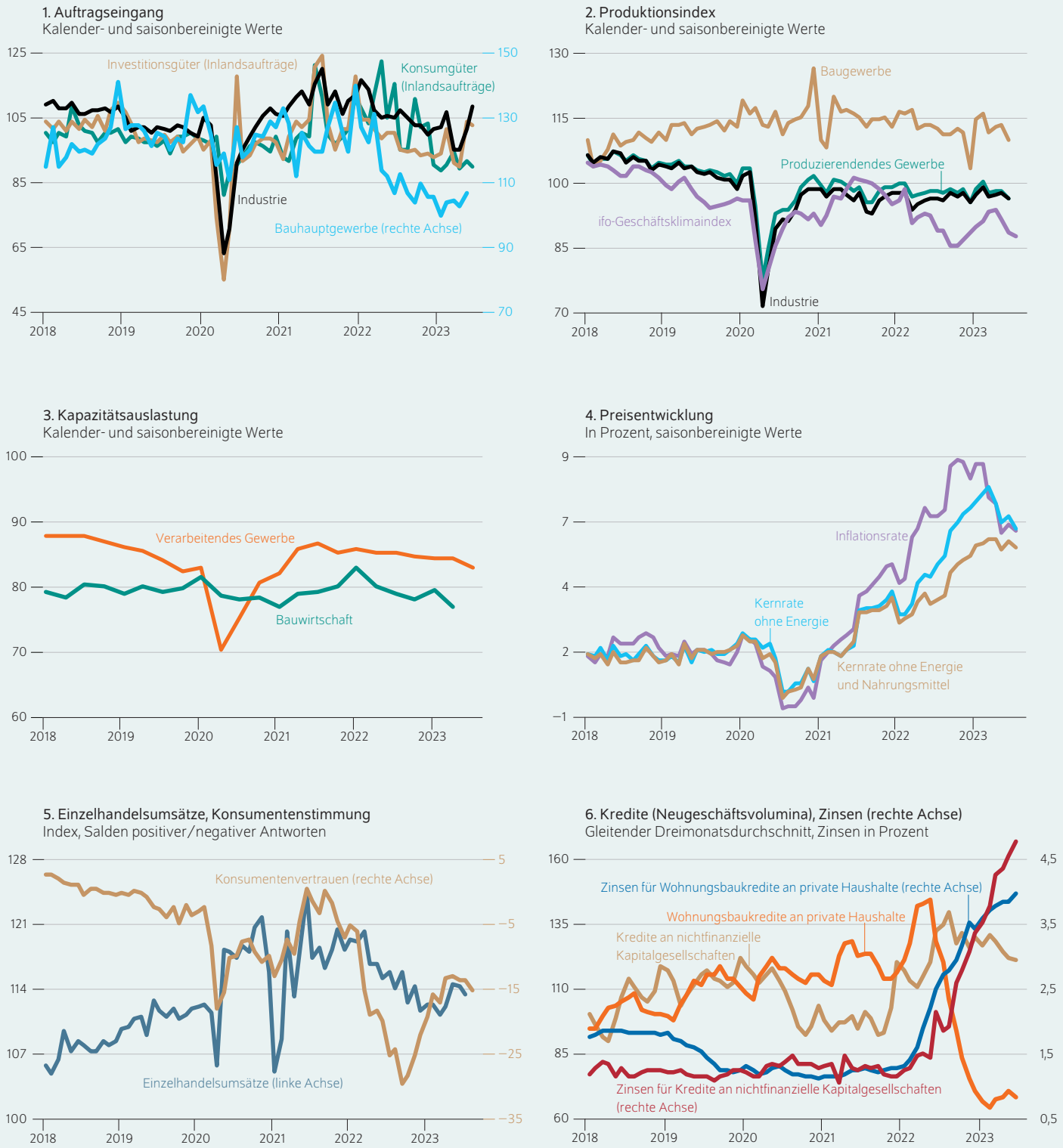
Arbeitsmarkt robust, aber schwunglos

Der Arbeitsmarkt präsentiert sich nach wie vor robust, auch wenn der Beschäftigungsaufbau nach einem starken ersten Quartal im zweiten Vierteljahr nachließ. Zu Jahresbeginn entfielen mehr als drei Viertel der zusätzlichen Erwerbstätigen auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Im zweiten Quartal verringerte sich dieser Anteil auf nur etwas mehr als die Hälfte, während der Anteil der geringfügig Beschäftigten anstieg. Dabei trugen das Verarbeitende Gewerbe sowie insbesondere die öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheits- und Bildungswesen positiv zum Beschäftigungsaufbau bei, während die Zahl der Arbeitskräfte in den konsumnahen Dienstleistungsbranchen wie Handel, Verkehr und Gastgewerbe zurückging. Die konjunkturelle Schwäche schlug sich neben der reduzierten Dynamik im Beschäftigungsaufbau auch in einem moderaten Anstieg der Arbeitslosigkeit nieder. Zwischen dem ersten und zweiten Quartal nahm sie saisonbereinigt um 58 600 Personen auf 2,59 Millionen zu (Abbildung 13). Die Arbeitslosigkeit

7 Das Wachstumschancengesetz ist annahmegemäß nicht in der Prognose enthalten, wird aber in Kasten 5 in diesem Bericht erörtert.

Abbildung 12

Konjunkturindikatoren für Deutschland
Indizes (sofern nicht anders angegeben)



Quellen: Statistisches Bundesamt (1), (2), (4), (5); Bundesinstitut für Bauwesen und Raumordnung (3); ifo-Institut (2), (3); GfK (5); Deutsche Bundesbank (3), (6).

© DIW Berlin 2023

nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II, der Grundsicherung, macht circa 40 Prozent dieses Anstiegs aus. Dies ist zum einen auf die laufende Integration der ukrainischen Geflüchteten zurückzuführen. Zum anderen steigt seit Mai 2023 die Zahl der Langzeitarbeitslosen wieder.

Frühindikatoren zeigen aktuell ein gemischtes Bild bei den Beschäftigungsaussichten. Während sich der IAB-Arbeitskräfteknappheitsindex im Juli noch immer fast auf Rekordniveau befand, was auf einen hohen ungedeckten Bedarf an Arbeitskräften hindeutet, fiel laut ifo Beschäftigungsbarometer die Einstellungsbereitschaft im Juli und August insbesondere im Baugewerbe und Verarbeitenden Gewerbe. Dies konnte auch von stagnierenden Erwartungen der Dienstleistungsbranche nicht ausgeglichen werden. Aufgrund der Schwäche insbesondere in den exportorientierten Wirtschaftszweigen und mangelnden weltwirtschaftlichen Impulsen ist daher zu erwarten, dass die fehlende Dynamik im Beschäftigungsaufbau im laufenden Quartal zunächst anhält. Die Arbeitslosigkeit wird wohl leicht zulegen, wenngleich die Unternehmen aufgrund des anhaltenden Fachkräftemangels anstreben dürften, ihre Belegschaft auch über diese Schwächephase hinaus zu halten. Ab Jahresende ist mit zunehmender Dynamik am Arbeitsmarkt zu rechnen – Treiber dieser Erholung werden wohl die Dienstleistungen sein, da die Konsumnachfrage im Inland wegen erwarteter Reallohnsteigerungen anziehen dürfte (Tabelle 5).

Über den Prognosehorizont steht die steigende Arbeitskräftenachfrage einem durch den demografischen Wandel zunehmend limitierten Erwerbspersonenpotenzial im Inland gegenüber. Ohne Nettozuwanderung würde die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bis 2040 jährlich durchschnittlich um knapp 500 000 zurückgehen.[8] Der Potenzialschätzung zufolge wird die Nettozuwanderung 2023 und 2024 vermutlich deutlich positiv ausfallen und das Erwerbspersonenpotenzial stützen. Ab 2025 dürfte sich die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter leicht verringern. Damit einhergehend dürfte auch die Zahl der Beschäftigten im Jahr 2025 ihren Zenit überschritten haben.

Reallöhne wachsen spürbar – aber erst 2024

Lohnsteigerungen fielen im zweiten Quartal im Vergleich zum Jahresbeginn deutlich schwächer aus. Nach tabellenwirksamen Tariflohnzuwächsen im ersten Quartal (0,8 Prozent im Vergleich zum Vorquartal) stiegen die Tariflöhne ohne Sonderzahlungen im zweiten Quartal mit einer Rate von 0,5 Prozent verhaltener. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass viele der neu vereinbarten Tarifabschlüsse Lohnsteigerungen aufteilen auf sofort wirksame Inflationsausgleichsprämien und mit Verzögerung eintretende Tariferhöhungen.[9] Ähnliche Regelungen für Sonderzahlungen in diesem Jahr und deutliche Lohnsteigerungen für 2024 werden auch für noch ausstehende Tarifabschlüsse erwartet.

Tabelle 4

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2022	2023	2024	2025
Bruttoinlandsprodukt[1]	1,8	−0,4	1,2	1,2
Erwerbstätige[2] (1 000 Personen)	45 596	45 918	46 133	46 108
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 418	2 592	2 578	2 458
Arbeitslosenquote BA[3] (in Prozent)	5,3	5,6	5,6	5,3
Verbraucherpreise[4]	6,9	6,1	2,4	2,0
Lohnstückkosten[5]	3,2	7,7	4,3	4,3
Finanzierungssaldo des Staates[6]				
in Milliarden Euro	−96,9	−72,1	−41,1	−26,3
in Prozent des nominalen BIP	−2,5	−1,7	−1,0	−0,6
Leistungsbilanzsaldo				
in Milliarden Euro	145,1	244,5	267,5	274,6
in Prozent des nominalen BIP	3,7	5,9	6,2	6,2

1 Preisbereingt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.
2 Inlandskonzept.
3 Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).
4 Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
5 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
6 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Tabelle 5

Arbeitsmarktbilanz

In tausend Personen (sofern nicht anders angegeben)

	2022	2023	2024	2025
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	61 410	61 944	62 726	62 569
Erwerbstätige Inland	45 596	45 918	46 133	46 108
Arbeitnehmer*innen	41 687	42 018	42 233	42 225
darunter:				
SV Beschäftigte	34 525	34 779	34 971	35 002
Geringfügig Beschäftigte	4 127	4 192	4 215	4 176
Selbstständige	3 910	3 899	3 901	3 883
Pendler*innensaldo	−139	−146	−152	−151
Erwerbstätige Inländer*innen	45 457	45 772	45 981	45 957
Arbeitslose	2 418	2 592	2 578	2 458
Arbeitslosenquote BA[1] (in Prozent)	5,3	5,6	5,6	5,3
Erwerbslose[2]	1 343	1 299	1 280	1 220
Erwerbslosenquote[3] (in Prozent)	3,1	2,9	2,9	2,8

1 Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).
2 Definition der ILO.
3 Erwerbslose in Prozent der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer*innen plus Erwerbslose) nach Definition der ILO.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

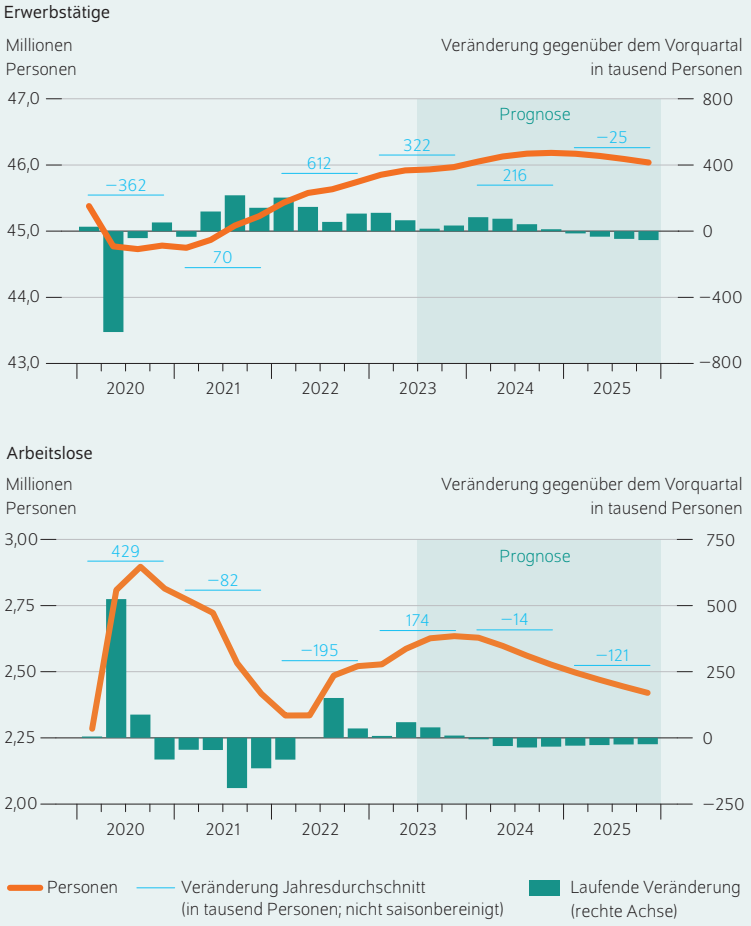
© DIW Berlin 2023

8 Berechnungen der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zufolge (Modellrechnung G2L2W0) würde sich das Erwerbspersonenpotenzial bei fehlender Nettozuwanderung bis 2040 um rund neun Millionen Menschen verringern. Um diese Verluste abzufangen, müssten zwischen 2022 und 2040 per Saldo jährlich etwa 490 000 Menschen im Alter von 20 bis 66 Jahren nach Deutschland einwandern.

9 Dies gilt insbesondere, weil diese Inflationsausgleichsprämien bis zu einer Höhe von 3 000 Euro bis Ende 2024 noch steuer- und abgabenfrei sind.

Abbildung 13

Erwerbstätige und Arbeitslose in Deutschland
Zahl der Personen (saisonbereinigt)



Anmerkung: Prognose ab dem dritten Quartal 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Die Zahl der Erwerbstätigen steigt deutlich langsamer als in der Vergangenheit.

Aktuell verhandeln beispielsweise die Beschäftigten des Groß-, Außen- und Einzelhandels. Ende August hatten die Verhandlungsparteien Deutsche Bahn und Eisenbahn- und Verkehrsgeswerkschaft (EVG) eine Einigungsempfehlung angenommen. Hier dürfte es im nächsten Quartal dieses Jahres noch zu Teilzahlungen von Inflationsausgleichsprämien kommen. Zudem stehen die Verhandlungen weiterer wichtiger Bereiche wie dem Öffentlichen Dienst der Länder an. Somit wird ein erheblicher Teil der dauerhaften Tariflohnsteigerungen erst im nächsten Jahr wirksam. Die Tariflöhne inklusive Sonderzahlungen werden 2023 voraussichtlich um 3,8 Prozent und 2024 um 4,4 Prozent wachsen. Mit sinkenden Inflationsraten werden Tariflohnsteigerungen zum Ende des Prognosehorizonts voraussichtlich geringer ausfallen, so dass sich die jährliche Wachstumsrate 2025 um 2,5 Prozent bewegt (Tabelle 6).

Die Wachstumsrate der Effektivverdienste je abhängig Beschäftigtem*r nahm nach einem starken Jahresauftakt im zweiten Quartal dieses Jahres deutlich ab und betrug nur noch 0,3 Prozent. Mit anlaufenden Verhandlungen der nächsten Tarifrunde im Winterhalbjahr und der Aussicht auf eine Mindestlohnsteigerung zum Jahreswechsel sollten die Effektivverdienste zum Jahresende wieder stärker wachsen. Damit dürfte sich die aktuell angedeutete Entwicklung verfestigen, dass die Nominallöhne wieder stärker steigen als die Verbraucherpreise. Mit Inkrafttreten der Mindestlohnanhebung, zahlreicher bereits beschlossener tariflicher Lohnerhöhungen sowie weiterer erwarteter Abschlüsse werden die Effektivlöhne im ersten Halbjahr 2024 voraussichtlich das stärkste Wachstum verbuchen. Mit den kräftigen Wachstumsraten im ersten Quartal des laufenden Jahres[10] dürften die Zuwächse der Effektivverdienste je Arbeitnehmer*in auf Jahresebene 2023 mit 5,6 Prozent ihren Höhepunkt erreichen und sich im Jahr 2024 auf 5,4 Prozent belaufen. Aufgrund des strukturellen Defizits des Arbeitsangebots über den restlichen Prognosehorizont, das in einer anhaltend guten Verhandlungsposition der abhängig Beschäftigten resultieren dürfte, werden die Effektivverdienste 2025 mit 3,6 Prozent weiterhin stark zunehmen. Somit sollten sich die Reallöhne über den gesamten Prognosehorizont positiv entwickeln und im ersten Quartal 2025 die Verluste der Vorjahre ausgeglichen haben.

Inflationsrate geht bis zum Jahresende deutlich zurück

Nach starken Rückgängen zu Beginn des Jahres blieb die Verbraucherpreisinflation in Deutschland über die Sommermonate in etwa konstant.[11] Mit 6,1 Prozent im August liegt sie aktuell um 2,5 Prozentpunkte niedriger als noch im Januar (Abbildung 14). Neben dem Basiseffekt – große Preisanstiege aus dem Jahr 2022 fallen aus der Vorjahresbetrachtung heraus – trugen vor allem die abnehmenden Teuerungsraten bei Lebensmitteln und Energie zur Entschleunigung der Verbraucherpreisinflation bei. Insbesondere der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln folgt seit dem Frühjahr einem kontinuierlichen Abwärtstrend und ist mit aktuell 9,0 Prozent zwar weiter erhöht, hat sich im Vergleich zu Jahresbeginn aber bereits halbiert. Dazu kommt, dass die Inflation der Energiepreise stabil bei durchschnittlichen Raten liegt. Im Vergleich dazu sind die Inflationsraten bei anderen Komponenten nach wie vor hoch oder steigen weiter. So werden die merklichen Lohnabschlüsse aus der ersten Jahreshälfte in Preissteigerungen, vor allem von Dienstleistungen, weitergegeben und verhindern, dass die

10 Ein weiterer Grund für die deutliche Wachstumsrate 2023 ist dem statistischen Überhang geschuldet, da die Steigerungsrate der Effektivlöhne im letzten Quartal des Vorjahres deutlich über dem Jahresdurchschnitt lag.

11 Dass die Verbraucherpreisinflation über den Sommer nicht stärker zurückging, ist unter anderem auf Sondereffekte durch das Auslaufen wirtschaftspolitischer Maßnahmen während der Energiepreiskrise zurückzuführen: Zwischen Juni und August 2022 senkten das 9-Euro-Ticket sowie der sogenannte Tankrabatt den Anstieg der Verbraucherpreise. In diesem Jahr fallen diese dämpfenden Effekte aus der Berechnungsgrundlage heraus und erhöhen somit im Vorjahresvergleich die Verbraucherpreise. Durch diesen Basiseffekt ist der Rückgang der Verbraucherpreisinflation von Juni bis August geringer, als ansonsten zu erwarten wäre.

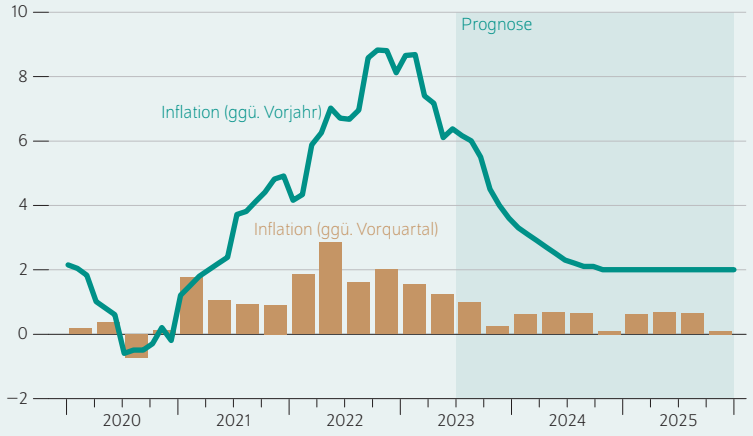
Verbraucherpreise stärker sinken. Daher ist die Kernrate der Inflation, die die Energie- und Nahrungsmittelkomponente ausklammert, kaum gesunken und liegt mit aktuell 5,5 Prozent weiter nahe ihres Höchststandes.

Gleichzeitig deutet die Entwicklung wichtiger vorlaufender Preisindizes auf weiter spürbar abnehmende Inflationsraten in den nächsten Monaten hin. So sinken Import-, Erzeuger- und Großhandelspreise mittlerweile deutlich. Vor allem die wichtigen Importpreise gehen derzeit mit zweistelligen Raten zurück. Diese Entwicklung wird sich im weiteren Jahresverlauf auf die Verbraucherpreise übertragen und die Inflationsraten absenken. Dazu wird der Basiseffekt beitragen, da in den kommenden Monaten deutlich höhere Raten des vergangenen Jahres aus der Berechnungsgrundlage herausfallen. Darüber hinaus wird annahmegemäß die EZB mit einem erneuten Zinsschritt in den nächsten Monaten ihren disinflationären Kurs beibehalten und die Preisentwicklung zusätzlich dämpfen. Insgesamt dürfte die Verbraucherpreisinflation zum Ende des Jahres bei unter vier Prozent liegen.

Im Durchschnitt wird die Inflationsrate in diesem Jahr wohl 6,1 Prozent und 2024 dann 2,4 Prozent betragen. Im Jahr 2025 dürften die Verbraucherpreise zum geldpolitischen Ziel der EZB zurückkehren und um 2,0 Prozent ansteigen. Die Kernrate bleibt indes aufgrund der starken Beiträge der Löhne und des Dienstleistungsbereichs insgesamt länger erhöht. Sie wird wohl im Jahr 2023 im Durchschnitt bei 5,5 Prozent, 2024 bei 3,1 Prozent und 2025 dann bei 2,0 Prozent liegen.

Abbildung 14

Verbraucherpreisinflation in Deutschland
In Prozent



Anmerkung: Prognose ab dem dritten Quartal 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Die Inflation geht im Prognosezeitraum allmählich zurück.

Tabelle 6

Entwicklung der Löhne[1] in Deutschland
In Prozent (jeweils gegenüber dem Vorjahr)

	2021	2022	2023	2024	2025
Durchschnittliche Arbeitszeit	2,4	−0,1	0,2	0,8	−0,2
Verdienst je Arbeitnehmer*in	3,3	4,2	5,6	5,4	3,6
Verdienst je Stunde	0,6	4,4	4,4	4,5	3,7
Lohndrift (Arbeitnehmer*in)	2,0	2,0	1,8	1,0	1,1
Tariflohn (Monat)	1,3	2,2	3,8	4,4	2,5

1 Inlandskonzept.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Trendwende beim privaten Konsum eingeleitet

Der private Verbrauch hat sich nach dem schwachen Winterhalbjahr, in dem er zwei Quartale in Folge zurückging, zuletzt stabilisiert. Gleichzeitig zeigen die revidierten Zahlen, dass der private Konsum im Winterhalbjahr deutlich weniger eingebrochen ist, als zunächst offiziell berichtet worden war. So ging dieser im ersten Quartal dieses Jahres mit 0,3 Prozent zum Vorquartal um fast einen Prozentpunkt weniger stark zurück als noch im Sommer gemeldet. Fast genauso deutlich wurde das vergangene Quartal 2022 nach oben revidiert – der Rückgang betrug nach aktuellen Zahlen 1,0 Prozent und damit 0,7 Prozentpunkte weniger.

Neben der im Vergleich zum Jahresanfang deutlich niedrigeren Inflation der Verbraucherpreise dürften insbesondere die anziehenden Löhne zu der Stabilisierung des privaten Konsums beigetragen haben. Wenngleich die Steigerung der nominalen Einkommen geringer ausgefallen ist als zunächst erwartet, da ein Teil der Zuwächse aus bereits beschlossenen Tarifverträgen erst zum Ende des zweiten Quartals im Geldbeutel der Beschäftigten landete. Die Bruttoverdienste je Arbeitsnehmer*in legten im ersten Quartal dieses Jahres um 2,6 Prozent und im zweiten Quartal nur um 0,3 Prozent im Vergleich zum Vorquartal zu. Die Bruttoverdienste je Arbeitnehmerstunde gingen zuletzt sogar um 0,3 Prozent zurück. Die verfügbaren Einkommen sanken ebenfalls etwas. Zudem war das Konsumverhalten der Haushalte mit mittleren und oberen Einkommen wohl von Zurückhaltung geprägt: Die Konsument*innen waren weiterhin vorsichtig bei größeren Anschaffungen – in der Folge ging der Konsum von langlebigen Gebrauchsgütern weiter zurück. Die Sparquote stieg im zweiten Quartal überraschend von 10,7 auf 11,9 Prozent – dies dürfte unter anderem ein Sondereffekt aufgrund der Teilauszahlungen von Inflationsausgleichsprämien zum Ende des Quartals sein: Ein guter Teil dieses Anstiegs dürfte dabei auf die Ende Juni ausgezahlte Sonderzahlung von 1240 Euro an die rund 2,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes zurückzuführen sein.

Für die zweite Jahreshälfte deutet sich nur eine verhaltene Erholung des privaten Konsums an. Die Inflation wird weiter

zurückgehen und zusammen mit zusätzlichen Tariflohnsteigerungen, beispielsweise aus laufenden Verhandlungen im Handel und der kürzlich angenommenen Einigungsempfehlung bei der Deutschen Bahn, die die Auszahlung weiterer deutlicher Inflationsausgleichsprämien beinhalten, im Jahresverlauf die realen Löhne und die verfügbaren Einkommen ansteigen lassen. Allerdings sprechen die im Juni und Juli rückläufigen Einzelhandelsumsätze für eine schwache Konsumdynamik. Auch das Konsumklima, das sich seit Anfang des Jahres beständig verbessert hatte, stagnierte zuletzt.

Ab dem kommenden Jahr dürften deutliche Lohnzuwächse sowie eine merklich sinkende Inflationsrate den privaten Verbrauch spürbar anschieben. Zum einen werden nominale Arbeitseinkommen wohl aufgrund bereits beschlossener Tariferhöhungen steigen. Zum anderen dürften auch zum Ende des Jahres neu verhandelte Tarifabschlüsse zu kräftigen Zuwächsen bei Löhnen und Gehältern führen.

Nach dem schwachen Start wird der private Konsum im Jahresdurchschnitt 2023 wohl deutlich um 0,6 Prozent zurückgehen, bevor er im nächsten Jahr um 2,0 Prozent spürbar ausgeweitet wird. Während die deutliche Revision des Winterhalbjahrs die Jahresrate im Jahr 2023 im Vergleich zur Sommerprognose erhöht, fällt die Dynamik in der zweiten Jahreshälfte etwas verhaltener aus. In Summe hebt das DIW Berlin damit gegenüber dem Sommer seine Prognose für den privaten Konsum für 2023 um 0,6 Prozentpunkte an und senkt sie für 2024 um 0,6 Prozentpunkte. Im Jahr 2025 dürfte der Zuwachs dann 1,6 Prozent betragen.

Öffentlicher Konsum kehrt auf langfristigen Wachstumspfad zurück

Nach dem starken Rückgang im ersten Quartal konnte der Staatskonsum im zweiten Quartal wieder leicht zulegen. In Summe wird er in diesem Jahr aufgrund auslaufender Krisenmaßnahmen voraussichtlich um 1,6 Prozent sinken. Im Jahr 2024 wird der Staatskonsum geprägt durch die – nach den hohen Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst – steigenden Personalkosten sowie wachsende Gesundheitsausgaben wieder auf seinen langfristigen Wachstumstrend zurückkehren und mit 0,7 Prozent zulegen. Im Jahr 2025 dürfte der Staatskonsum um 0,4 Prozent zurückgehen.

Schwache Industrie schlägt bei Ausrüstungsinvestitionen durch

Nach einem soliden ersten Quartal blieb das erwartete Minus bei den Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal aus, die im Vergleich zum Vorquartal um 0,6 Prozent zulegten. Dies ist vor allem auf eine starke öffentliche Hand zurückzuführen, die ihre Investitionen in Maschinen, Geräte und Anlagen kräftig um 4,2 Prozent steigerte. Hingegen weiteten die privaten Investor*innen ihre Anschaffungen über den gleichen Zeitraum nur moderat um 0,4 Prozent aus. Dabei dürfte weiterhin ausschlaggebend gewesen sein, dass bestehende Aufträge angesichts abnehmender Lieferkettenprobleme abgearbeitet wurden.

Kasten 3

Produktionspotenzial

Die Berechnung des Produktionspotenzials basiert auf dem Verfahren der Europäischen Kommission.[1] Demografische Effekte werden durch ein Alterskohortenmodell berücksichtigt.[2]

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird anhand der 2021 aktualisierten Bevölkerungsprojektion (mittleres Szenario zwischen „moderater Wanderungssaldo" und „hoher Wanderungssaldo") fortgeschrieben.[3] Diese Projektion geht von einem Anstieg der Nettozuwanderung um 335 000 Personen im Jahr 2023 aus, bevor die jährliche Nettozuwanderung bis Ende 2028 wieder langsam zurückgehen dürfte. Diese Annahme muss infolge der starken Fluchtzuwanderung im Jahr 2022, vor allem aus der Ukraine, angepasst werden. 2022 stieg die Nettozuwanderung auf 1,46 Millionen Menschen und erreichte damit den höchsten Wert seit 1950.[4] Unter diesen Bedingungen wird die Erwerbsbevölkerung in Deutschland insgesamt noch bis zum Jahr 2024 zunehmen, danach aber im Zuge des demografischen Wandels allmählich sinken. Für den Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung bei den Erwerbszuwander*innen und den Nicht-Erwerbszuwander*innen wird der Wert aus dem Ausländerzentralregister angesetzt.[5] Die Partizipationsquoten werden für Geflüchtete und die übrige Bevölkerung getrennt geschätzt und anschließend als gewichteter Durchschnitt zusammengefasst. 2021 lag die Partizipationsquote bei 74,5 Prozent und ging danach zurück. Die natürliche Erwerbslosenquote ergibt sich ebenfalls als gewichtetes Mittel der entsprechenden Werte für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung. Sie liegt im Jahr 2023 bei 3,1 Prozent und sinkt 2025 auf 2,8 Prozent. Auf diesem Niveau bleibt sie bis 2028.

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitsvolumens dürfte bis 2028 um 0,1 Prozentpunkte sinken. Bis 2024 wird sie hauptsächlich durch die wachsende Erwerbsbevölkerung getrieben werden, danach durch einen Abwärtstrend bei der Arbeitszeit. Die Partizipationsquote geht über den Zeitraum zurück. Außerdem wird auch der demografische Wandel und die damit einhergehende sinkende Anzahl an Menschen im erwerbsfähigen Alter in den Jahren 2024 bis 2028 zu einem Rückgang beitragen. Alles in allem dürfte das potenzielle Arbeitsvolumen in Stunden bis 2028 damit durchschnittlich

1 Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe Karel Havik et al. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Europäische Kommission in ihrer Reihe European Economy – Economic Papers Nr. 420.

2 Vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft bleibt gut ausgelastet: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2017. DIW Wochenbericht Nr. 36, 715–736 (online verfügbar).

3 Vgl. Statistisches Bundesamt (2021): Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Bundesländern nach dem Corona-Jahr 2020 – Erste mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2035, Wiesbaden.

4 Vgl. Statistisches Bundesamt (2023): Tabelle „Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland, Zugezogene, Fortgezogene und Saldo. Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland 1991 bis 2022" (online verfügbar)

5 Rund 90 Prozent der EU-Zuwander*innen sind im erwerbsfähigen Alter. Bei der Nicht-EU-Zuwanderung beträgt der Anteil 71 Prozent.

einen Wachstumsbeitrag von minus 0,1 Prozentpunkten leisten. (Tabelle 2)

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag des Kapitalstocks in Höhe von 0,4 Prozentpunkten und dem der totalen Faktorproduktivität in Höhe von 0,4 Prozentpunkten ergibt sich, dass das reale Produktionspotenzial bis 2028 um jahresdurchschnittlich 0,7 Prozent zunehmen wird (Kasten Potenzial), wobei die Raten demografisch bedingt von Jahr zu Jahr sinken (Abbildung, Tabelle 1).

Tabelle 1

Wachstum des realen Produktionspotenzials
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2015–2022	2022–2028
Produktionspotenzial	1,1	0,7
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,2	–0,1
Kapitalvolumen	0,4	0,4
Totale Faktorproduktivität	0,5	0,4

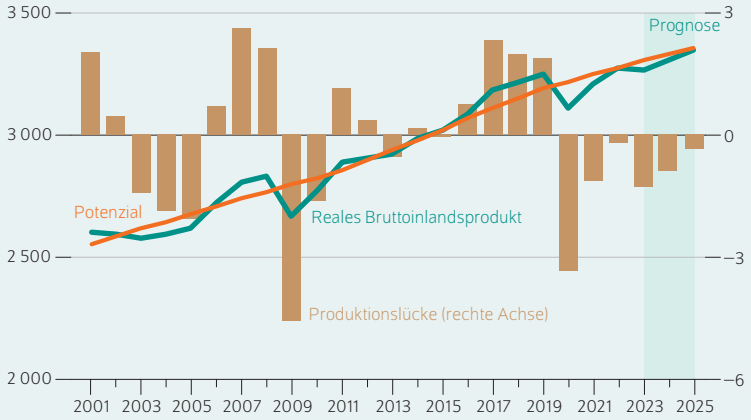
Anmerkungen: Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Abbildung

Bruttoinlandsprodukt und Potenzial bzw. Produktionslücke
In Milliarden Euro (linke Achse) bzw. Prozent des Potenzials (rechte Achse)



Quelle: DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Die Produktionslücke wird sich im Prognosezeitraum deutlich verringern.

Tabelle 2

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer*innen (Inland)	jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, verkettete Volumenwerte: insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde	in jeweiligen Preisen	Deflator
	in Tausend	in Tausend	in Stunden	in Milliarden Euro	in Euro	in Euro	in Milliarden Euro	2015 = 100
2015	43 122	38 717	1 401	3 026	70 177	50	3 026	100
2023	45 918	42 019	1 349	3 263	71 066	53	4 124	126
2028	45 575	41 839	1 345	3 392	74 420	55	4 667	138
	Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent							
2023/2015	0,8	1,0	–0,5	0,9	0,2	0,6	3,9	3,0
2028/2023	–0,1	–0,1	–0,1	0,8	0,9	1,0	2,5	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Tabelle 7

Reale Investitionen
In Prozent (konstante Preise)

	2023	2022	2023	2024	2025
	Anteile in Prozent	Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
Wohnungsbau	61,3	−2,2	−0,5	−2,0	0,6
Nichtwohnungsbau	38,7	−1,2	0,0	0,9	2,1
Gewerblicher Bau	26,4	−1,6	−0,8	−0,4	2,1
Öffentlicher Bau	12,3	−0,1	1,6	3,6	2,2
Bauinvestitionen	100,0	−1,8	−0,3	−0,9	1,2
Ausrüstungen		4,0	3,3	0,2	3,0

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Tabelle 8

Indikatoren zur Außenwirtschaft
In Prozent bzw. Milliarden Euro

	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Exporte, preisbereinigt	3,3	−1,0	1,8	3,0
Waren	2,0	−1,6	1,6	2,9
Dienstleistungen	8,6	1,3	2,8	3,2
Importe, preisbereinigt	6,6	−1,4	2,5	3,5
Waren	3,6	−4,1	2,0	3,4
Dienstleistungen	17,0	7,8	4,2	3,7
Terms of Trade	−4,9	4,6	1,3	0,1
	In Milliarden Euro			
Außenbeitrag, nominal	76,3	165,9	184,3	186,2

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Die Dynamik dürfte sich im laufenden Quartal abschwächen. Zwar gingen im Mai und Juni bei den Investitionsgüterherstellern mehr Neuaufträge aus dem Inland ein. Dabei handelte es sich jedoch in erster Linie um einige wenige Großaufträge im Luft- und Raumfahrtbereich. Ohne diese folgten die Auftragseingänge weiter der seit Anfang 2022 anhaltenden Abwärtstendenz. Auch Produktion und Umsätze sind am aktuellen Rand rückläufig. Dieser Trend dürfte sich im laufenden Quartal fortsetzen: Die Lageeinschätzung und Geschäftserwartungen der Investitionsgüterhersteller waren im Juli und August weiter auf Talfahrt, dazu beklagen Unternehmen zunehmend Auftragsmangel und sinkende Kapazitätsauslastung. Stabilisierend auf das Investitionsgeschehen dürften allerdings die staatlichen Investitionen und weiter nachlassende Lieferengpässe wirken, so dass sich insgesamt noch ein leicht positives Bild für dieses Quartal ergibt. Zum Jahresende dürften die Ausrüstungsinvestitionen dann stagnieren.

Über den Prognoseverlauf wird sich die Investitionsdynamik wohl weiter abschwächen, wenn die öffentlichen Aufträge die Industrieschwäche nicht länger ausgleichen können. Zwar dürfte die welt- und binnenwirtschaftliche Erholung 2024 wieder positive Impulse liefern, viele Unternehmen werden jedoch wohl im Jahresverlauf weiter zurückhaltend agieren und auf eine eventuelle Zinssenkung der EZB spekulieren. Nach einem durch den starken Jahresauftakt geprägten Wachstum von 3,3 Prozent in diesem Jahr ist für die Ausrüstungsinvestitionen 2024 nur mit einem leichten Wachstum um 0,2 Prozent zu rechnen, das vor allem durch die öffentliche Hand getragen wird. Der enorme Investitions- und Nachholbedarf sowie etwas geringere Zinsen lassen für 2025 dann wieder ein kräftiges Plus von 3,0 Prozent erwarten (Tabelle 7).

Bauinvestitionen von Wohnungsbaukrise gezeichnet

Auch die Bauinvestitionen legten nach einem starken Jahresbeginn im zweiten Quartal noch einmal leicht um 0,2 Prozent zu. Vor allem der Wirtschaftsbau expandierte deutlich um 2,0 Prozent. Dies dürfte insbesondere auf die starke Produktion im Tiefbau zurückzuführen sein, die im zweiten Quartal entgegen allen anderen Bausparten leicht zulegen konnte und die Bauproduktion insgesamt stabilisierte. Der Wohnungsbau stagnierte hingegen. Dabei verzeichnete das Ausbaugewerbe, das Anfang des Jahres am deutlichsten gewachsen war, im zweiten Quartal den kräftigsten Produktionsrückgang. Für das aktuelle Quartal sowie den weiteren Prognoseverlauf zeigen Indikatoren, dass diese noch leicht positive Dynamik wohl nicht aufrechterhalten werden kann.

Das größte Sorgenkind bleibt dabei der Wohnungsbau. Die Auftragseingänge erreichten im Frühjahr ihren tiefsten Stand seit 2013. Obwohl sie im Mai und Juni wieder etwas zulegten, sind die Auftragspolster deutlich dezimiert. Mehr als 40 Prozent der Wohnungsbauunternehmen klagten auch im August über einen Mangel an Neuaufträgen – Tendenz steigend. Die erhebliche Zurückhaltung schlägt sich zudem in den Baugenehmigungszahlen nieder, die in der ersten Jahreshälfte so gering ausfielen wie nie seit Beginn ihrer Erhebung im Jahr 2003. Dank des hohen Auftragsbestandes dürften die Wohnungsbauinvestitionen ihr Niveau im aktuellen Quartal noch halten, im weiteren Verlauf und vor allem im kommenden Jahr aber dann deutlich zurückgehen und sich auch im Jahr 2025 trotz des weiterhin hohen Bedarfs an Wohnraum nur leicht erholen. Dabei dürften die sinkenden Bestandsimmobilienpreise[12] sowie Anreize zur energetischen Sanierung vor allem das Ausbaugewerbe stimulieren und noch stärkeren Rückgängen entgegenwirken.

Gestützt werden die Bauinvestitionen aktuell vom Nichtwohnungsbau. Vor allem der öffentliche Bau, bei dem großer Nachholbedarf herrscht, dürfte sich im Prognoseverlauf dynamisch entwickeln: Der Ausbau von Verkehr und

12 Konstantin A. Kholodilin und Malte Rieth (2022): Immobilienmarkt bisher stabil – aber Risiko für Preiskorrekturen hat zugenommen. DIW Wochenbericht 47, 611–620 (online verfügbar).

Digitalisierung sowie Gemeindeinvestitionen im Bereich der Wärme- und Energiewende dürften vor allem im kommenden Jahr positive Impulse liefern und die Baukonjunktur über den weiteren Prognoseverlauf stabilisieren. Darüber hinaus deuten weiterhin kräftige Auftragszahlen im Tiefbau auf einen insgesamt beständigen Wirtschaftsbau hin. Zwar ist auch hier nach einem verhalten positiven aktuellen Quartal mit leichten Rückgängen um den Jahreswechsel zu rechnen, denn erwartete Zinssteigerungen dürften die Finanzierung erschweren. Die ifo Geschäftserwartungen für den Wirtschaftsbau waren zuletzt wieder abwärtsgerichtet. Insgesamt dürfte der Wirtschaftsbau aber im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Erholung und der weniger stark steigenden Baupreise in den kommenden Jahren wieder expandieren.

Nach zwei Jahren enormer Preisanstiege hat sich die Baupreisentwicklung zuletzt deutlich beruhigt. Die schwindende Nachfrage, sinkende Kapazitätsauslastung und nachlassende Materialpreise mindern den Preisdruck. Diese Entwicklung dürfte sich in den kommenden Quartalen fortsetzen, so dass die Baupreise 2024 und 2025 wohl nur noch moderat steigen werden.

Insgesamt dürften die Bauinvestitionen in diesem Jahr um 0,3 Prozent und im kommenden Jahr geprägt durch den schwachen Wohnungsbau um 0,9 Prozent schrumpfen. Erst 2025 ist, vor allem dank der Stärke des Nichtwohnungsbaus, mit einem Wachstum der Bauinvestitionen um 1,2 Prozent zu rechnen.

Lethargie im Außenhandel

Im zweiten Quartal dieses Jahres dämpfte der Außenhandel die Expansionsdynamik der deutschen Wirtschaft. Die Ausfuhren sanken um 1,1 Prozent im Vergleich zum Vorquartal, wobei sowohl die Lieferungen in die Europäische Union als auch in die USA und nach China rückläufig waren. Die Güterausfuhren nahmen das dritte Quartal in Folge ab, wobei erneut stark rückläufige Ausfuhren chemischer Erzeugnisse die Gesamtgüterexporte belasteten. Die Dienstleistungsexporte, die Anfang des Jahres noch kräftig zugelegt hatten, gaben im zweiten Quartal ebenfalls deutlich nach.

Für das laufende Quartal ist keine Besserung der Exportentwicklung in Sicht. Die ifo Exporterwartungen sind nach ihrem Einbruch im Juni weiterhin leicht gesunken und verharren deutlich im negativen Bereich. Die Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes aus dem Ausland sind im Juni zwar gestiegen. Dies liegt aber vor allem an Großaufträgen, die zumeist über einen längeren Zeitraum abgearbeitet werden und daher kaum unmittelbare Wachstumsimpulse für das laufende Quartal liefern.

Insgesamt dürften die Ausfuhren im dritten Quartal leicht sinken und zum Jahresende wieder vorsichtig anziehen. Dabei wird wohl vor allem die schwächelnde Konjunktur in China dämpfend auf die deutschen Exporte wirken. Zudem produziert China zunehmend selbst Industriegüter sowie

Tabelle 9

Finanzpolitische Maßnahmen: Be- (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts
In Milliarden Euro (gegenüber dem Vorjahr)

	2023	2024	2025
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Jahressteuergesetz 2022	–3,1	0,2	1,0
Inflationsausgleichsgesetz (Änderungen Einkommensteuertarif)	–12,3	–14,6	–2,8
Steigende Rentenbesteuerung und vorgezogene vollständige Abzugsfähigkeit von RV-Beiträgen	–2,8	–1,4	0,4
Temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Erdgas	–4,5	6,5	0,0
Viertes Corona-Steuerhilfegesetz (degressive AfA, Home-Office-Pauschale etc.)	–3,4	–1,2	2,1
Zweites Corona-Steuerhilfegesetz (Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie)	0,0	3,0	0,0
Energiesteuersenkungsgesetz (Tankrabatt)	3,2	0,0	0,0
Einnahmen Klima- und Transformationsfonds	0,4	3,2	4,6
Erhöhung Lkw-Maut	0,6	0,1	0,2
Änderungen bei der Tabaksteuer	0,6	0,0	0,9
Zukunftsfinanzierungsgesetz	0,0	–0,6	–0,3
Progressionseffekte (Einkommensteuer)	12,5	10,0	7,8
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Erhöhung des Zusatzbeitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung	3,5	3,5	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes in der Pflegeversicherung	3,3	3,3	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung	2,6	0,0	0,0
Erhöhung der Midijobgrenzen	–1,0	0,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Inflationsausgleichsgesetz (Anhebung Kindergeld)	–6,3	1,5	0,4
Kindergrundsicherung	0,0	0,0	–2,4
Kürzung Elterngeld für Spitzenverdienende	0,0	0,2	0,3
Strom- und Gaspreisbremse	–34,2	27,9	6,4
Auslaufende Corona-Maßnahmen	12,5	1,0	0,0
Unternehmenshilfen im Zusammenhang mit dem Energiepreisanstieg	25,0	1,0	0,0
Energiepreispauschale (Rentner*innen, Arbeitnehmer*innen, Studierende und Fachschüler*innen)	13,3	1,3	0,0
Kinderbonus 2022	1,7	0,0	0,0
Ausgaben Klima- und Transformationsfonds	–8,0	–21,7	0,6
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	–8,5	–10,7	0,0
Heizkostenzuschüsse	0,0	0,5	0,0
Dezember-Soforthilfe	8,5	0,0	0,0
Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz	0,6	0,0	0,0
Wohngeld-Plus-Gesetz	–2,5	–1,1	0,0
Bürgergeld-Gesetz	–4,8	–0,4	–0,3
Regelbedarfsanpassung Bürgergeld 2024	0,0	–4,3	0,0
Preissenkung im öffentlichen Personennahverkehr (9-Euro-/49-Euro-Ticket)	1,5	–1,0	0,0
Pflegebonusgesetz	1,0	0,0	0,0
Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen	–4,5	4,5	0,0
27. BAföG-Änderungsgesetz	–0,5	0,0	0,0
Integration und Unterstützung Ukrainegeflüchtete	–4,2	1,5	2,3
Aufstockung Gasreserve	1,5	0,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz	1,7	0,0	0,0
Anpassung Rente Ost	–0,5	–0,5	0,0
Maßnahmen im Bereich Pflege	–0,8	0,0	0,0
Insgesamt	–7,9	11,6	21,1
Insgesamt ohne Progressionseffekt	–20,4	1,6	13,3
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,5	0,0	0,3

Anmerkung: Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

Quellen: Bundesregierung (Haushaltsplan, Gesetzesentwürfe, Monatsberichte des Bundesfinanzministeriums, Finanzbericht 2023 und 2024); DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Tabelle 10

Ausgewählte finanzpolitische Indikatoren[1]
In Prozent (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt)

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer-quote[2]	Staats-schuldenquote nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto-investitionen			
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	2,1	0,6	7,1	78,2
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	2,1	1,0	6,0	74,6
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	2,2	1,2	5,1	72,1
2017	45,5	23,5	16,8	44,2	1,0	2,2	1,3	4,4	68,0
2018	46,3	23,8	17,0	44,3	0,9	2,3	1,9	3,9	64,2
2019	46,5	23,8	17,2	45,0	0,8	2,4	1,5	3,3	62,0
2020	46,1	22,7	17,9	50,5	0,6	2,7	−4,3	2,8	65,5
2021	47,3	24,3	17,5	50,9	0,6	2,6	−3,6	2,4	71,5
2022	47,0	24,4	17,2	49,5	0,7	2,6	−2,5	2,8	70,2
2023	45,9	23,3	17,2	47,6	0,9	2,6	−1,7	3,7	65,5
2024	46,8	23,6	17,6	47,7	0,9	2,7	−1,0	3,7	61,6
2025	47,0	23,2	17,8	47,6	0,9	2,7	−0,6	3,8	59,3
2025/2022	46,6	23,6	17,5	48,1	0,8	2,7	−1,5	3,5	64,2

1 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Kraftwagen und -teile, die vorher aus Deutschland importiert wurden. Laut ifo-Umfragen gaben Exportfirmen zuletzt vermehrt an, dass ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit leide. Dabei dürften die im Vergleich zum Ausland hohen deutschen Energiekosten sowie der anhaltende Fachkräftemangel die Untenehmen belasten.[13] Die Ausfuhren in die USA könnten im dritten Quartal stabilisierend wirken, da sich ihre Wirtschaft wohl robuster entwickeln wird als noch im Sommer erwartet wurde. So deuten Exportzahlen zum Juli an, dass die Güterausfuhren in die USA im Vergleich zum Vormonat nominal kräftig ausgeweitet wurden. Zudem dürfte die konjunkturelle Erholung in der Europäischen Union den deutschen Exporten in deren Mitgliedstaaten im Laufe des nächsten Jahres Aufschwung verleihen. Insgesamt wird erwartet, dass die Ausfuhren im laufenden Jahr um 1,0 Prozent sinken. Nach einem Zuwachs von 1,8 Prozent im Jahr 2024 dürften sie 2025 mit 3,0 Prozent wieder robust zulegen (Tabelle 8).

Die Importe stagnierten im zweiten Quartal dieses Jahres. Zwar setzten die Güterimporte ihre Talfahrt fort, der Rückgang wurde aber durch eine kräftige Ausweitung der Dienstleistungseinfuhren kompensiert. Auf den Güterimporten lasteten weiterhin die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, insbesondere die verminderten Energieeinfuhren.

Der Rückgang der Güterimporte aus dem europäischen Ausland scheint langsam die Talsohle erreicht zu haben. Rückläufige Energie- und Rohstoffpreise und das allmähliche Anziehen des privaten Verbrauchs dürften zu einer leichten Erholung der Importe ab der zweiten Jahreshälfte führen. Aufgrund des schwachen ersten Quartals werden die Einfuhren im laufenden Jahr wohl um 1,4 Prozent sinken. Mit der Erholung des privaten Konsums dürften die Importe im Jahr 2024 dann wieder robust mit 2,5 Prozent expandieren. Im Jahr 2025 dürfte das Wachstum 3,5 Prozent betragen.

Die Importpreise werden voraussichtlich wegen der fallenden Energiepreise im laufenden Quartal weiter nachgeben und sich erst zum Jahresende stabilisieren. Mit dem Anziehen der weltweiten Konjunktur im kommenden Jahr werden sie wohl im Jahresverlauf 2024 wieder leicht steigen. Die Exportpreise scheinen ihren Sinkflug bereits beendet zu haben und dürften im Laufe des Prognosehorizonts ebenfalls anziehen. In der Folge werden die Terms of Trade bis zum Ende dieses Jahres zügig steigen und sich im Folgejahr stabilisieren.

Im laufenden Jahr wird der Außenhandel wohl mit 0,2 Prozentpunkten geringfügig positiv zur Expansionsdynamik der deutschen Wirtschaft beitragen. In den Jahren 2024 und 2025 dürften die Beiträge mit minus 0,2 und minus 0,1 Prozentpunkten negativ ausfallen.

13 OECD (2022): OECD Reviews of Innovation Policy: Germany 2022: Building Agility for Successful Transitions, OECD Reviews of Innovation Policy, OECD Publishing, Paris; Deutsche Industrie- und Handelskammer (2023): DIHK-Fachkräftereport 2022.

Kasten 4

Impulse der finanzpolitischen Maßnahmen auf privaten Konsum und Bruttoinlandsprodukt

Die finanzpolitischen Maßnahmen werden im Jahr 2023 in Summe leicht expansiv sein und um voraussichtlich 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gegenüber dem Vorjahr wachsen. Im kommenden Jahr hingegen werden die finanzpolitischen Maßnahmen dieses Niveau halten und in Relation zum Bruttoinlandsprodukt stagnieren, während die Finanzpolitik im Jahr 2025 restriktiver sein und voraussichtlich um 0,3 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zurückgehen wird (Tabelle).

Viele der fiskalischen Maßnahmen beider Jahre betreffen private Haushalte. Um die Impulse für den privaten Konsum und das Bruttoinlandsprodukt unter Berücksichtigung ihrer Verteilungswirkungen abzuschätzen, kommt ein DSGE-Modell mit zwei verschiedenen Haushaltstypen zum Einsatz (TANK-Modell). Dazu wird zunächst unterschieden, in welchem Umfang die Maßnahmen die einkommensschwächsten 40 Prozent der Haushalte betreffen und wie die übrigen Haushalte profitieren oder belastet werden.

Tabelle

Effekte der fiskalpolitischen Maßnahmen in den Jahren 2023, 2024 und 2025
In Milliarden Euro

	Entlastung in Mrd. Euro 2023 zu 2022		Entlastung in Mrd. Euro 2024 zu 2022		Entlastungin Mrd. Euro 2025 zu 2022	
Kategorie	Alle Haushalte	LC Haushalte	Alle Haushalte	LC Haushalte	Alle Haushalte	LC Haushalte
1	−0,9	−0,9	11,3	11,3	15,0	15,0
2	−9,6	−3,8	4,3	1,7	3,9	1,6
3	15,2	3,0	8,0	1,6	11,6	2,3
4	3,4	0,0	1,0	0,0	−2,5	0,0
Gesamt	8,1	−1,7	24,6	14,6	28,0	18,9

Quelle: DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Die einkommensschwächsten 40 Prozent beziehen ungefähr 20 Prozent des verfügbaren Einkommens und haben eine Sparquote von Null, weshalb sie als liquiditätsbeschränkte (LC) Haushalte bezeichnet werden. Gemäß ihrer Wirkung auf die beiden Haushaltstypen werden die finanzpolitischen Maßnahmen in vier Kategorien eingeteilt:

(1) Maßnahmen, die nur LC-Haushalte betreffen
(2) Maßnahmen, die alle Haushalte pro Kopf betreffen
(3) Maßnahmen, die alle Haushalte proportional zu ihrem Einkommen betreffen
(4) Maßnahmen, die nur die einkommensstarken Haushalte betreffen

Aufgrund des unterschiedlichen Konsumverhaltens der beiden Haushaltstypen wird der Konsumeffekt in der ersten Kategorie am höchsten sein und über die weiteren drei abnehmen. Zu den Maßnahmen, die vornehmlich die einkommensschwachen Haushalte entlasten, zählen die Erhöhung der Midijobgrenze, die Einführung der Kindergrundsicherung, die BAföG-Anpassung sowie die Einführung und Regelbedarfsanpassung des Bürgergeldes (Tabelle). Das Auslaufen des dritten Entlastungspaketes (mit Zahlungen für Rentner*innen und Student*innen) reduziert das Einkommen der LC-Haushalte über den Prognosezeitraum.

Zu den Maßnahmen, die beide Haushaltstypen pro Kopf betreffen, gehört die Anhebung des Kindergeldes, das einkommenserhöhend wirkt, und das Auslaufen von Pflege- und Kinderbonus, was die Haushaltseinkommen reduziert. Die Strom- und Gaspreisbremse entlastet Haushalte im Jahr 2023 entsprechend ihrer Energiekosten und somit ihres Einkommens. Zusätzliche einkommensabhängige Belastungen ergeben sich aus der Erhöhung der Beiträge für die Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Insgesamt ergibt sich 2023 nur eine geringe Nettoentlastung durch Maßnahmen, die alle Haushalte (pro Kopf oder proportional zum Einkommen) betreffen. Weitere Belastungen, zum Beispiel aus der CO_2-Bepreisung und dem Wegfall der temporären Umsatzsteuersenkung, werden im kommenden Jahr hinzukommen.

Haushalte mit höherem Einkommen werden sowohl 2023, 2024 und 2025 durch das Inflationsausgleichsgesetz entlastet. Belastungen ergeben sich für diese Haushalte durch die Kürzung des Elterngeldes und das Auslaufen von steuerlichen Coronahilfen.

Die Modellsimulationen zeigen, dass die finanzpolitischen Maßnahmen das Einkommen der privaten Haushalte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um 0,2 Prozent im Jahr 2023 und in den Jahren 2024 und 2025 um jeweils 0,6 Prozent gegenüber dem Basisjahr 2022 erhöhen. Die einkommensschwachen Haushalte werden über den Zeitraum um etwa 0,4 Prozent des BIP entlastet, die höheren Einkommensgruppen um circa 0,2 Prozent des BIP. Die Maßnahmen erhöhen den privaten Konsum gegenüber dem Basisszenario ohne Impulse bis 2025 um etwas mehr als 0,5 Prozentpunkte, hauptsächlich durch den fiskalischen Impuls für die einkommensschwachen Haushalte. Haushalte mit höherem Einkommen steigern ihren Konsum infolge der Senkung des Einkommensteuertarifs leicht. Der Anstieg des BIP liegt unter 0,1 Prozent.

Spielraum bei den öffentlichen Finanzen durch auslaufende Stabilisierungsmaßnahmen

Die Folgen der Corona-Pandemie, des Kriegs in der Ukraine und der Energiekrise beanspruchen die öffentlichen Haushalte immer weniger, was zu wachsenden finanzpolitischen Spielräumen führt (Tabelle 9). In der zweiten Jahreshälfte 2023 behalten die finanzpolitischen Maßnahmen ihren expansiven Charakter noch bei, jedoch in geringerem Maße als noch zu Jahresbeginn. Zu Mindereinnahmen und

Mehrausgaben tragen die Anpassungen im Einkommensteuertarif im Rahmen des Inflationsausgleichsgesetzes, die Erhöhung monetärer Sozialleistungen wie des Kindergeldes und die Einführung des Bürgergeldes, diverse Hilfen im Zuge der Strom- und Gaspreisbremsen, steigende Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds sowie wachsende Verteidigungsausgaben bei.

Entlastet wird das öffentliche Budget durch den Wegfall pandemiebedingter Ausgaben und einmaliger Stützungsmaßnahmen im Zuge der Energiekrise. Darüber hinaus werden Mehreinnahmen aus der Erhöhung des Zusatzbeitrags der gesetzlichen Krankenversicherung und den Beitragssatzerhöhungen in der Arbeitslosen- und Pflegeversicherung, dem Auslaufen des "Tankrabatts" Ende 2022 sowie durch die Erhöhung der LKW-Maut erzielt. Insgesamt dürften sich die Mindereinnahmen und Mehrausgaben im Saldo für das Jahr 2023 auf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts summieren. Das heißt, die Finanzpolitik ist im Jahr 2023 leicht expansiv ausgerichtet (Kasten 4).

Im Jahr 2024 werden die finanzpolitischen Maßnahmen voraussichtlich restriktiver sein. Zwar wird es weiterhin spürbare Mindereinnahmen durch die Änderungen im Einkommensteuertarif geben. Jedoch erhöht sich gleichzeitig der finanzpolitische Spielraum, weil die temporäre Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie und auf Erdgas zum Beginn des kommenden Jahres ausläuft und gleichzeitig der CO2-Preis angehoben wird. Zudem werden Maßnahmen zur Abfederung der Energiepreise kaum noch Mittel in einer relevanten Größenordnung beanspruchen. Im Vergleich zu 2023 steigen die Ausgaben für Maßnahmen des Klima- und Transformationsfonds noch einmal deutlicher als noch im Sommer erwartet. Mehrausgaben entstehen zudem durch die Regelbedarfsanpassung des Bürgergelds. Insgesamt dürften sich die Einnahmen- und Ausgabenimpulse im Jahr 2024 die Waage halten. Jedoch ist dies vorbehaltlich des Wachstumschancengesetzes, das in den bisherigen Regierungsentwürfen zu weiteren Mindereinnahmen von 2,7 Milliarden Euro führen könnte (Kasten 5). Im Jahr 2025 überwiegen voraussichtlich die Mehreinnahmen und Minderausgaben vorbehaltlich weiterer finanzpolitischer Maßnahmen.

Konsolidierung zeigt Wirkung beim öffentlichen Defizit

Die Steuereinnahmen werden in diesem und im kommenden Jahr nur leicht wachsen. Gleichzeitig steigen die nominalen Arbeitseinkommen kräftig. Allerdings ist ein Großteil des diesjährigen Anstiegs der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie geschuldet. Deshalb schlagen sich die kräftigen Zuwächse des nominalen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr nur bedingt in den Steuereinnahmen nieder. Die Änderungen im Einkommensteuertarif dämpfen sie zusätzlich. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer sowie der Gewerbe- und Körperschaftsteuer dürften angesichts der deutlichen Abkühlung des privaten Verbrauchs und der Bauinvestitionen in diesem Jahr nur wenig zulegen. Insgesamt werden die Steuereinnahmen in diesem Jahr um

Kasten 5

Wachstumschancengesetz

Der aktuelle Referent*innenentwurf zum Wachstumschancengesetz des Bundesfinanzministeriums liegt seit Ende August vor. Das erklärte Ziel der Regierung ist, die steuerlichen „Rahmenbedingungen für mehr Wachstum, Investitionen und Innovationen" zu verbessern. Der derzeitige Entwurf sieht Investitionsprämien, erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten, eine Ausweitung der Verlustverrechnung und zahlreiche Änderungen zur Vereinfachung und Modernisierung des Steuersystems unter anderem durch erhöhte Freigrenzen und Pauschalbeträge vor. Die Verabschiedung im Bundestag ist bisher für November, die Abstimmung im Bundesrat für Dezember geplant. In den finanzpolitischen Maßnahmen[1] findet das Gesetz noch keine Berücksichtigung, weil die finale Ausgestaltung unklar ist. Zur Abschätzung der Wirkung der Maßnahmen des Gesetzes im derzeitigen Entwurf wird ein dynamisch stochastisches gesamtwirtschaftliches Makromodell herangezogen (Clemens, Röger, 2021). Die Maßnahmen des Entwurfs werden zunächst entsprechend der oben genannten Kategorien klassifiziert und dann mit dem auf die deutsche Wirtschaft kalibrierten Modell simuliert, um deren Effekte auf das Bruttoinlandsprodukt abzuschätzen.

Insgesamt sieht der Entwurf Steuermindereinnahmen von sieben Milliarden Euro durchschnittlicher Jahreswirkung oder insgesamt 32 Milliarden Euro über den Zeitraum 2024 bis 2028 vor (Tabelle). Hiervon tragen der Bund und die Länder ähnliche Anteile (zwölf Milliarden Euro und 11,3 Milliarden Euro) und die Gemeinden mit neun Milliarden Euro einen leicht geringeren Anteil. Die größte Jahreswirkung wird sich 2026 entfalten mit Mindereinnahmen zum Basisjahr von zehn Milliarden Euro. Aufgrund der hohen Belastung für Länder und Gemeinden ist die Zustimmung zum vorliegenden Entwurf insbesondere im Bundesrat unsicher. Die erweiterten Abschreibungsmöglichkeiten produzieren den Großteil der Steuermindereinnahmen mit insgesamt 17,8 Milliarden Mindereinnahmen über 2024 bis 2028. Diese enthalten erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten von abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens als Sammelposten (§ 6 Absatz, 2a EStG), die befristete Einführung einer degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die befristete Einführung einer degressiven AfA für Wohngebäude und die Anhebung der Sonderabschreibung für kleinere Betriebe für Investitionen in bewegliche Wirtschaftsgüter. Ein Großteil der Maßnahmen ist zeitlich befristet. So entstehen Mindereinnahmen von knapp fünf Milliarden Euro im Jahr 2025, sieben Milliarden Euro im Jahr 2026 und fünf Milliarden im Jahr 2027 durch temporäre Maßnahmen der erweiterten Abschreibung und Verlustrückrechnung.

Die Investitionsprämien umfassen Maßnahmen aus dem Klimaschutz-Investitionsprämiengesetz (KlimaInvPG) sowie zur Forschungsförderung und werden im Modell als Subvention

1 Siehe Tabelle 9 in diesem Bericht.

Korrigierte Version (Abbildung in Kasten 5)

Tabelle

Kumulierte Be- (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts gegenüber 2023
In Millionen Euro

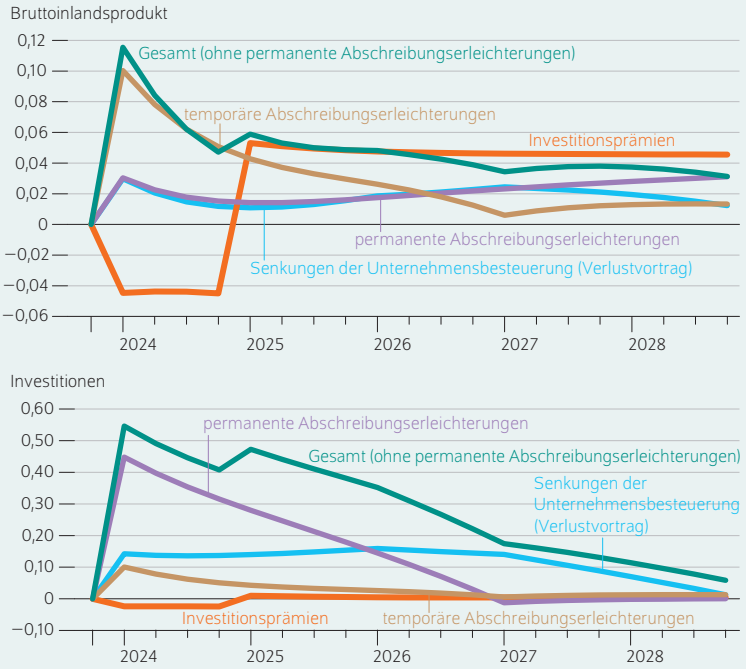
	2024	2025	2026	2027	2028
Einnahmen der Gebietskörperschaften					
Bund	–1064	–2865	–3539	–2774	–1788
Länder	–998	–2711	–3298	–2617	–1726
Gemeinden	–588	–2319	–3348	–2199	–586
Klassifizierung der Maßnahme					
Investitionsprämie	0	–1255	–1260	–1410	–1760
Ausweitung Verlustverrechnung	0	–690	–1515	–1640	–1590
Abschreibung	–1325	–5150	–7010	–4085	–200
Vereinfachung und Modernisierung des Steuersystems	–1325	–800	–400	–455	–550
Insgesamt	–2650	–7895	–10185	–7590	–4100

Quellen: Regierungsentwurf Wachstumschancengesetz; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Abbildung

Wirkung der Maßnahmen des Wachstumschancengesetzes auf Bruttoinlandsprodukt und Investitionen
Prozentuale Abweichung vom Verlauf der betrachteten Größe ohne Wachstumschancengesetz



Quelle: DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Temporäre Maßnahmen führen vor allem im kommenden Jahr zu positiven Wachstumseffekten. Langfristig steigt die Wirtschaftsleistung kaum.

für Investitionsausgaben simuliert. Sie umfassen Mehrausgaben zwischen 1,3 Milliarden Euro im Jahr 2025 und 1,8 Milliarden Euro im Jahr 2028 im Vergleich zu 2023.

Die Ausweitung des Verlustrücktrags in Einkommen- und Gewerbesteuer werden als temporäre Senkungen der Unternehmenssteuer simuliert. Der Regierungsentwurf veranschlagt hierfür Steuermindereinnahmen von 0,7 Milliarden Euro im Jahr 2025, 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2026 und 1,6 Milliarden Euro jeweils in den Jahren 2027 und 2028.

Der Regierungsentwurf enthält zudem zahlreiche Maßnahmen mit dem erklärten Ziel der Vereinfachung und Modernisierung des Steuersystems, u.a. durch erhöhte Freigrenzen und Pauschbeträge, sowie Maßnahmen zur Verringerung der Steuervermeidung (Zinsschranke und Zinshöhenschranke). Für diese Maßnahmen werden Mindereinnahmen und Mehrausgaben in Höhe von 600 Millionen durchschnittlicher Jahreswirkung eingeplant. Diese Maßnahmen modellieren wir nicht.

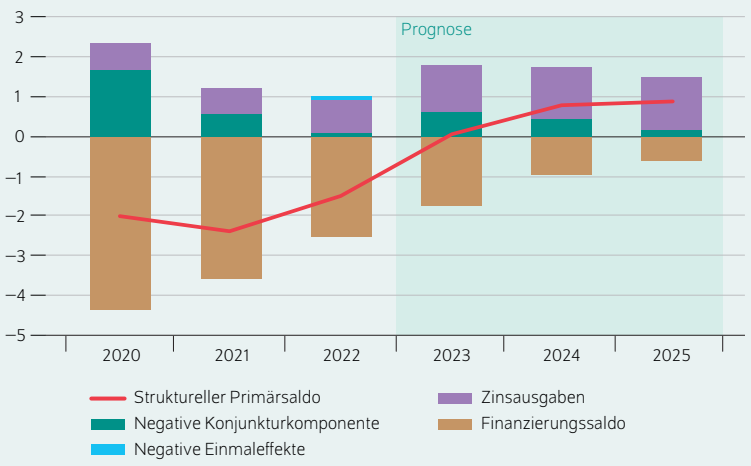
Unsere Modellanalyse zeigt, dass die Maßnahmen des Wachstumschancengesetzes zwar positive Effekte auf die privaten Investitionen und das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland haben, aber temporäre Maßnahmen nur kurzfristig wirken und die permanenten zu schwach sind, um längerfristig spürbare Effekte auf das Bruttoinlandsprodukt zu haben (Abbildung). Die temporären Maßnahmen erhöhen das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um rund 0,06 Prozent im Vergleich zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ohne Wachstumschancengesetz. Im Jahr 2028 gibt es allerdings kaum noch Effekte. Ähnlich erhöhen die temporären Maßnahmen die Investitionen 2024 um rund 0,4 Prozent, haben aber kaum noch Effekte im Jahr 2028 und lassen zudem den Kapitalstock unberührt. Die kurzfristige Dynamik wird unterstützt durch positive Beschäftigungseffekte, die mit den Investitionen einhergehen. In der mittleren Frist schwächen sich die Beschäftigungseffekte jedoch wieder ab, insofern als der positive Produktivitätseffekt, der durch die Investitionen ausgelöst wird zu einer Erhöhung der Reallöhne führt. Dadurch bewegt sich die Beschäftigung wieder in Richtung ihres langfristigen Gleichgewichts. Aufgrund der kurzfristigen Investitions- und Beschäftigungswirkung der Maßnahmen des Wachstumschancengesetzes steigt auch das BIP nur kurzfristig an und fällt mittelfristig fast wieder auf das Basis-Niveau zurück.

Die permanenten Maßnahmen hingegen erhöhen das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 0,02 Prozent und bis zum Jahr 2028 um 0,03 Prozent. Die Investitionen steigen 2024 um 0,4 Prozent und sind 2028 unverändert. Allerdings kommt es langfristig zu einer Erhöhung des Kapitalstocks um 0,4 Prozent. Der langfristige fiskalische Impuls der permanenten Maßnahmen, die 1,8 Milliarden Euro umfassen – also rund 0,0045 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen – ist zu gering, um dauerhaft merkliche realwirtschaftliche Effekte zu erzielen.

Abbildung 15

Struktureller Primärsaldo

In Prozent (in Relation zum nominalen Produktionspotenzial)



Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

Der strukturelle Primärsaldo steigt.

2,6 Prozent und im nächsten Jahr um 4,3 Prozent wachsen und belaufen sich zum Ende des Jahres 2024 auf 961 Milliarden Euro (Tabelle 10). Die Steuerquote sinkt 2023 zunächst auf 23,3 und steigt im folgenden Jahr leicht auf 23,6 Prozent.

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden im Prognosezeitraum voraussichtlich kräftig zunehmen. In diesem Jahr lassen Erhöhungen der Beitragssätze zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung und gesetzlichen Pflegeversicherung sowie des Zusatzbeitrags zur Krankenversicherung die Einnahmen deutlich steigen.

Im Zuge der sich belebenden Konjunktur, steigender Bruttolöhne und zunehmendem nominalen Konsum werden die Staatseinnahmen insgesamt moderat wachsen. Im laufenden Jahr dürften diese um 3,8 Prozent auf 1891 Milliarden Euro, im kommenden Jahr um 5,9 Prozent auf 2002 Milliarden und im Jahr 2025 um 3,5 Prozent auf 2071 Milliarden Euro zulegen.

Die Staatsausgaben werden über den Prognosezeitraum weniger stark steigen als noch im Vorjahr. Dies liegt zum einen am planmäßigen Auslaufen der pandemiebedingten Programme zur Stabilisierung der Wirtschaft. Zum anderen werden einige einmalige Stützungsmaßnahmen im Zuge der Energiekrise, wie die Energiepreispauschale, die Gas-Wärme-Soforthilfe und die Stützung von Gashandelsunternehmen, wegfallen. Zwar haben im ersten Quartal insbesondere Ausgaben für die Energiepreisbremse und weitere Energiehilfen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds die öffentlichen Haushalte weiterhin stark belastet. Allerdings werden diese Maßnahmen mit dem starken Rückgang der Energiepreise den Staatshaushalt weniger beanspruchen.

Die Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Dienst steigen nominal sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr stark. Das Plus wird im laufenden Jahr aufgrund der noch ausstehenden Tarifverhandlungen von Landesbeschäftigten voraussichtlich etwas geringer sein, während es 2024 kräftiger ausfallen dürfte. In diesem Jahr dürften zudem die monetären Sozialleistungen bedingt durch die Erhöhung der gesetzlichen Renten und des Kindergeldes, die Einführung des Bürgergeldes und die Ausweitung des Wohngelds deutlich steigen. Auch die finanzielle Unterstützung der Ukraine-Geflüchteten mit erleichtertem Zugang zum Sozialsystem trägt dazu bei. Im Jahr 2024 wird das Wachstum der monetären Sozialleistungen wohl schwächer ausfallen. Die nominalen Vorleistungsverkäufe werden im Jahr 2023 aufgrund der hohen Inflation anziehen, während der Anstieg im kommenden Jahr – wiederum inflationsgetrieben – moderater sein wird.

Die Bruttoinvestitionen dürften in diesem und im nächsten Jahr weiter zunehmen, insbesondere aufgrund der Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen in Waffensysteme mithilfe des Sondervermögens Bundeswehr. Die Bauinvestitionen wachsen vor allem aufgrund der hohen Preisdynamik.

Die Subventionen werden voraussichtlich im laufenden Jahr deutlich steigen. Insbesondere die Gütersubventionen haben bereits im ersten Quartal 2023 wegen der Gas- und Strompreisbremse spürbar zugenommen und werden sich weiter erhöhen, während die sonstigen Subventionen mit dem Wegfall der Corona-Hilfen zurückgehen. Im kommenden Jahr werden die Subventionen aufgrund des Auslaufens der Preisbremsen und sinkender Energiepreise unter das Unterstützungsniveau voraussichtlich zurückgehen.

Die sonstigen laufenden Transfers nehmen im Jahr 2023 erheblich ab, da Einmalzahlungen an Haushalte wie die Energiepreispauschale im Vergleich zum Vorjahr wegfallen. Im Jahr 2024 ist mit einer Rückkehr zum langfristigen Trend zu rechnen. Die Zinsausgaben des Staates hingegen werden aufgrund der hohen Zinsen im Prognosezeitraum voraussichtlich deutlich wachsen.

Insgesamt werden die Staatsausgaben im Jahr 2023 nominal voraussichtlich um 2,3 Prozent auf 1963 Milliarden Euro und im Jahr 2024 um 1,0 Prozent auf 2043 Milliarden Euro steigen. Für 2025 ist mit einem Anstieg um 2,7 Prozent auf 2098 Milliarden Euro zu rechnen. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird im laufenden Jahr zunächst leicht auf 2,5 Prozent und im Jahr 2024 voraussichtlich auf 1,3 Prozent schrumpfen (Abbildung 15). Der strukturelle Finanzierungssaldo nach modifizierter EU-Methode verbessert sich im betrachteten Zeitraum von 0,1 Prozent im Jahr 2023 auf 0,8 Prozent in Relation zum Produktionspotenzial im Jahr 2025. Der Bruttoschuldenstand nach Kriterien des Maastricht Vertrags wird im Prognosezeitraum voraussichtlich auf 59,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückgehen.

Timm Bönke ist Co-Leiter des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tboenke@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist Co-Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Guido Baldi ist Experte für die USA und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Hella Engerer ist Expertin für Mittel- und Osteuropa und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin | hengerer@diw.de

Pia Hüttl ist Leiterin der Prognose für die Weltwirtschaft und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | phuettl@diw.de

Konstantin Kholodilin ist Experte für die Potenzialschätzung und Produktion und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | kholodilin@diw.de

Frederik Kurcz ist Experte für den Euroraum und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | fkurz@diw.de

Theresa Neef ist Expertin für öffentliche Finanzen und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tneef@diw.de

Laura Pagenhardt ist Expertin für Investitionen und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

Werner Roeger ist Experte für die Potenzialschätzung und makroökonomische Modellierung und Gastwissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | wroeger@diw.de

Marie Rullière ist Expertin für den Euroraum und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | mrulliere@diw.de

Jan-Christopher Scherer ist Leiter der Prognose für die deutsche Wirtschaft und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | jscherer@diw.de

Teresa Schildmann ist Expertin für den deutschen Arbeitsmarkt und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tschildmann@diw.de

Ruben Staffa ist Experte für die USA und den deutschen Außenhandel und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | rstaffa@diw.de

Kristin Trautmann ist Expertin für den Euroraum und die europäische Geldpolitik und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | ktrautmann@diw.de

Jana Wittich ist Expertin für den deutschen Außenhandel und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | jwittich@diw.de

JEL: E17, D31, E66

Keywords: Nowcast, income distribution, inequality

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 36+37/2023:

www.diw.de/diw_weekly

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2025

	2023	2024	2025	2023		2024		2025	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,8	0,5	−0,1	0,8	0,5	0,5	0,5	0,1	−0,3
Arbeitszeit, arbeitstäglich	1,0	1,1	0,1	0,2	1,9	1,0	1,2	1,3	−1,0
Arbeitstage	−0,8	−0,2	−0,3	0,0	−1,6	−0,5	0,0	−1,1	0,6
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,9	1,3	−0,3	0,9	0,8	1,0	1,5	0,2	−0,7
Produktivität[1]	−1,2	−0,1	1,4	−1,2	−1,3	−0,2	0,0	0,8	2,0
Reales Bruttoinlandsprodukt	**−0,4**	**1,2**	**1,2**	**−0,3**	**−0,5**	**0,7**	**1,6**	**1,0**	**1,3**
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 985,0	3 100,0	3 181,8	1 448,8	1 536,2	1 508,6	1 591,3	1 547,7	1 634,1
Private Haushalte[2]	2 093,7	2 184,3	2 259,2	1 019,5	1 074,2	1 062,8	1 121,5	1 100,0	1 159,2
Staat	891,3	915,7	922,6	429,3	462,1	445,8	469,9	447,7	474,9
Anlageinvestitionen	920,5	937,5	972,0	445,8	474,8	454,4	483,1	468,3	503,7
Ausrüstungen	277,3	282,5	292,8	132,4	144,9	135,2	147,3	139,0	153,8
Bauten	499,5	505,2	523,0	246,0	253,5	249,1	256,2	256,2	266,7
Sonstige Anlageinvestitionen	143,7	149,7	156,2	67,3	76,4	70,2	79,6	73,0	83,2
Vorratsveränderung[3]	52,2	59,4	68,5	32,6	19,6	39,2	20,1	42,1	26,3
Inländische Verwendung	3 957,7	4 096,8	4 222,3	1 927,1	2 030,6	2 002,3	2 094,5	2 058,1	2 164,2
Außenbeitrag	165,9	184,3	186,2	90,7	75,2	103,4	80,9	103,2	82,9
Exporte	1 969,2	2 049,2	2 158,7	985,0	984,2	1 006,8	1 042,4	1 056,5	1 102,2
Importe	1 803,3	1 864,9	1 972,6	894,3	909,0	903,4	961,5	953,3	1 019,3
Bruttoinlandsprodukt	**4 123,6**	**4 281,1**	**4 408,4**	**2 017,8**	**2 105,8**	**2 105,7**	**2 175,4**	**2 161,3**	**2 247,1**
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	5,5	3,9	2,6	5,9	5,1	4,1	3,6	2,6	2,7
Private Haushalte[2]	5,8	4,3	3,4	7,0	4,7	4,3	4,4	3,5	3,4
Staat	4,8	2,7	0,8	3,5	5,9	3,8	1,7	0,4	1,1
Anlageinvestitionen	7,5	1,8	3,7	8,9	6,3	1,9	1,7	3,0	4,3
Ausrüstungen	9,5	1,9	3,7	13,0	6,4	2,1	1,7	2,8	4,4
Bauten	7,8	1,1	3,5	8,8	6,8	1,2	1,1	2,9	4,1
Sonstige Anlageinvestitionen	3,1	4,2	4,3	2,0	4,2	4,2	4,2	4,1	4,5
Inländische Verwendung	4,1	3,5	3,1	5,0	3,3	3,9	3,1	2,8	3,3
Exporte	−0,3	4,1	5,3	2,7	−3,0	2,2	5,9	4,9	5,7
Importe	−5,0	3,4	5,8	−0,8	−8,8	1,0	5,8	5,5	6,0
Bruttoinlandsprodukt	**6,4**	**3,8**	**3,0**	**6,6**	**6,2**	**4,4**	**3,3**	**2,6**	**3,3**
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 396,0	2 434,8	2 459,6	1 177,7	1 218,3	1 193,5	1 241,3	1 206,7	1 252,9
Private Haushalte[2]	1 695,3	1 729,1	1 756,8	833,3	862,0	845,5	883,5	859,6	897,2
Staat	699,7	704,9	702,3	344,0	355,8	347,5	357,4	346,7	355,5
Anlageinvestitionen	667,3	667,2	680,3	324,7	342,5	324,1	343,1	328,6	351,7
Ausrüstungen	229,9	230,3	237,1	110,4	119,5	110,0	120,3	112,3	124,8
Bauten	313,7	310,9	314,5	155,3	158,4	153,9	157,0	154,9	159,6
Sonstige Anlageinvestitionen	124,8	128,1	131,8	58,7	66,1	60,3	67,9	61,9	69,9
Inländische Verwendung	3 110,2	3 155,8	3 197,9	1 530,4	1 579,8	1 550,6	1 605,2	1 569,5	1 628,4
Exporte	1 624,7	1 654,3	1 703,4	814,4	810,3	818,5	835,8	839,1	864,3
Importe	1 477,3	1 514,9	1 568,3	727,1	750,2	739,0	775,9	762,2	806,1
Bruttoinlandsprodukt	**3 263,2**	**3 301,1**	**3 339,5**	**1 620,6**	**1 642,6**	**1 632,6**	**1 668,5**	**1 649,1**	**1 690,4**
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	−0,9	1,6	1,0	−1,3	−0,4	1,3	1,9	1,1	0,9
Private Haushalte[2]	−0,6	2,0	1,6	−0,5	−0,6	1,5	2,5	1,7	1,5
Staat	−1,6	0,7	−0,4	−3,2	0,0	1,0	0,5	−0,2	−0,5
Anlageinvestitionen	0,8	0,0	2,0	0,6	1,1	−0,2	0,2	1,4	2,5
Ausrüstungen	3,3	0,2	3,0	5,7	1,2	−0,4	0,7	2,1	3,8
Bauten	−0,3	−0,9	1,2	−2,0	1,5	−0,9	−0,9	0,6	1,6
Sonstige Anlageinvestitionen	0,1	2,7	2,8	−0,6	0,6	2,7	2,8	2,6	3,0
Inländische Verwendung	−0,5	1,5	1,3	−0,5	−0,5	1,3	1,6	1,2	1,4
Exporte	−1,0	1,8	3,0	0,1	−2,0	0,5	3,2	2,5	3,4
Importe	−1,4	2,5	3,5	−0,3	−2,3	1,6	3,4	3,1	3,9
Bruttoinlandsprodukt	**−0,4**	**1,2**	**1,2**	**−0,3**	**−0,5**	**0,7**	**1,6**	**1,0**	**1,3**

Korrigierte Version (Zahlen in 5. und 6.)

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2025

	2023	2024	2025	2023		2024		2025	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben[2]	6,4	2,3	1,8	7,5	5,4	2,7	1,9	1,8	1,8
Konsumausgaben des Staates	6,5	2,0	1,1	6,9	5,9	2,8	1,2	0,6	1,6
Anlageinvestitionen	6,6	1,9	1,7	8,3	5,1	2,1	1,6	1,6	1,7
Ausrüstungen	6,0	1,7	0,7	6,9	5,2	2,5	1,0	0,7	0,6
Bauten	8,1	2,1	2,3	11,0	5,3	2,2	1,9	2,2	2,4
Exporte	0,7	2,2	2,3	2,6	−1,1	1,7	2,7	2,4	2,3
Importe	−3,7	0,8	2,2	−0,5	−6,6	−0,6	2,3	2,3	2,0
Bruttoinlandsprodukt	**6,7**	**2,6**	**1,8**	**6,8**	**6,7**	**3,6**	**1,7**	**1,6**	**2,0**
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	2 799,2	2 956,3	3 051,3	1 379,9	1 419,3	1 465,8	1 490,5	1 495,9	1 555,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	381,2	399,5	418,6	185,7	195,5	193,4	206,0	201,2	217,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 780,6	1 892,1	1 889,1	866,0	914,6	911,0	981,1	898,7	990,3
Übrige Primäreinkommen[4]	637,4	664,7	743,7	328,2	309,2	361,4	303,4	396,1	347,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	627,0	588,5	604,4	307,3	319,8	272,2	316,3	272,9	331,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	**3 426,2**	**3 544,8**	**3 655,8**	**1 664,6**	**1 761,6**	**1 721,5**	**1 823,3**	**1 768,8**	**1 887,0**
Abschreibungen	840,3	861,1	881,3	421,0	419,3	432,0	429,1	442,1	439,2
Bruttonationaleinkommen	**4 266,5**	**4 405,9**	**4 537,1**	**2 085,7**	**2 180,8**	**2 153,5**	**2 252,4**	**2 210,9**	**2 326,2**
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3 121,8	3 269,9	3 380,9	1 497,8	1 624,1	1 584,1	1 685,8	1 631,4	1 749,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	960,0	978,4	1 073,2	468,6	491,5	496,2	482,2	531,6	541,7
Arbeitnehmerentgelt	2 161,8	2 291,5	2 307,7	1 029,2	1 132,6	1 087,9	1 203,6	1 099,9	1 207,8
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	6,2	5,6	3,2	7,0	5,3	6,2	5,0	3,2	3,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,3	4,8	4,8	6,3	4,5	4,2	5,4	4,8	4,8
Bruttolöhne und -gehälter	7,2	6,3	−0,2	9,8	4,7	5,2	7,3	0,3	−0,6
Übrige Primäreinkommen[4]	4,0	4,3	11,9	0,7	7,8	10,1	−1,9	9,6	14,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	4,1	−6,1	2,7	9,6	−0,7	−11,4	−1,1	0,2	4,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	**5,8**	**3,5**	**3,1**	**6,1**	**5,5**	**3,4**	**3,5**	**2,7**	**3,5**
Abschreibungen	6,5	2,5	2,3	9,0	4,1	2,6	2,3	2,3	2,3
Bruttonationaleinkommen	**5,9**	**3,3**	**3,0**	**6,6**	**5,3**	**3,3**	**3,3**	**2,7**	**3,3**
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	8,0	4,7	3,4	7,7	8,2	5,8	3,8	3,0	3,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	10,7	1,9	9,7	9,7	11,6	5,9	−1,9	7,1	12,3
Arbeitnehmerentgelt	6,8	6,0	0,7	6,9	6,8	5,7	6,3	1,1	0,3
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1 765,7	1 847,5	1 832,1	858,8	906,9	883,6	963,9	880,6	951,6
Nettolöhne- und -gehälter	1 215,5	1 299,8	1 268,4	573,2	642,3	610,0	689,8	599,1	669,3
Monetäre Sozialleistungen	703,8	707,2	712,0	361,7	342,1	351,9	355,4	354,2	357,9
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen[5]	153,6	159,5	148,3	76,1	77,5	78,3	81,2	72,7	75,6
Übrige Primäreinkommen[4]	637,4	664,7	743,7	328,2	309,2	361,4	303,4	396,1	347,6
Sonstige Transfers (Saldo)[6]	−110,1	−125,1	−109,1	−55,3	−54,8	−68,8	−56,2	−60,8	−48,2
Verfügbares Einkommen	**2 292,9**	**2 387,2**	**2 466,7**	**1 131,7**	**1 161,3**	**1 176,2**	**1 211,1**	**1 215,8**	**1 250,9**
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	62,1	60,7	59,4	30,3	31,8	29,7	31,1	29,0	30,4
Konsumausgaben	2 093,7	2 184,3	2 259,2	1 019,5	1 074,2	1 062,8	1 121,5	1 100,0	1 159,2
Sparen	261,3	263,6	266,9	142,5	118,8	143,0	120,7	144,8	122,1
Sparquote in Prozent[7]	11,1	10,8	10,6	12,3	10,0	11,9	9,7	11,6	9,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	6,3	4,6	−0,8	8,6	4,3	2,9	6,3	−0,3	−1,3
Nettolöhne- und -gehälter	8,6	6,9	−2,4	9,4	8,0	6,4	7,4	−1,8	−3,0
Monetäre Sozialleistungen	2,2	0,5	0,7	6,8	−2,2	−2,7	3,9	0,7	0,7
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen[5]	4,7	3,8	−7,1	5,8	3,6	2,9	4,8	0,5	0,5
Übrige Primäreinkommen[4]	4,0	4,3	11,9	0,7	7,8	10,1	−1,9	9,6	14,6
Verfügbares Einkommen	**5,9**	**4,1**	**3,3**	**7,2**	**4,8**	**3,9**	**4,3**	**3,4**	**3,3**
Konsumausgaben	5,8	4,3	3,4	7,0	4,7	4,3	4,4	3,5	3,4
Sparen	5,3	0,9	1,3	6,8	3,6	0,3	1,5	1,3	1,2

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2025

	2023	2024	2025	2023		2024		2025	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[8]									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	961,0	1 008,4	1 021,5	466,2	494,8	477,0	531,5	482,0	539,6
direkte Steuern	534,2	573,5	578,4	257,7	276,5	264,6	308,9	265,0	313,4
indirekte Steuern	426,8	434,9	443,1	208,5	218,3	212,4	222,5	217,0	226,2
Nettosozialbeiträge	709,6	748,0	776,7	342,0	367,5	361,1	386,9	369,2	407,5
Vermögenseinkommen	22,1	23,7	26,9	13,0	9,1	13,9	9,8	14,7	10,6
Laufende Übertragungen	29,8	32,5	34,7	13,5	16,3	14,4	18,1	10,5	12,2
Vermögenstransfers	21,0	22,8	23,5	8,4	12,6	9,4	13,4	5,4	6,3
Verkäufe	147,2	166,3	187,9	74,1	73,1	80,1	86,2	56,5	62,7
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	**1 890,9**	**2 001,9**	**2 071,4**	**917,3**	**973,6**	**955,9**	**1 046,0**	**938,3**	**1 039,0**
Ausgaben									
Vorleistungen	244,8	249,8	251,4	117,4	127,4	117,9	131,9	118,1	133,3
Arbeitnehmerentgelte	317,7	331,9	336,0	156,1	161,6	163,2	168,7	167,8	168,2
Soziale Sachleistungen	359,0	376,9	389,3	179,1	179,8	185,1	191,8	193,8	195,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	35,7	37,5	39,3	17,4	18,3	18,7	18,9	19,1	20,2
Subventionen	73,7	60,0	56,0	41,6	32,0	29,6	30,3	25,8	30,3
Monetäre Sozialleistungen	655,7	671,4	685,7	326,2	329,5	334,0	337,4	341,1	344,6
Sonstige laufende Transfers	109,8	126,6	142,1	44,9	64,9	50,3	76,3	56,7	85,4
Bruttoinvestitionen	108,3	114,6	119,5	45,3	63,0	47,8	66,7	51,5	68,0
Vermögenstransfers	69,4	75,1	75,6	31,5	37,9	31,6	43,5	31,6	44,0
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	−1,1	−0,8	−0,9	−0,5	−0,6	−0,4	−0,4	−0,5	−0,6
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	**1 973,0**	**2 043,0**	**2 097,8**	**959,2**	**1 013,8**	**977,9**	**1 065,1**	**1 005,0**	**1 088,9**
Finanzierungssaldo	−82,1	−41,1	−26,4	−41,9	−40,2	−21,9	−19,2	−66,6	−49,9
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	1,6	4,9	1,3	−0,3	−2,2	2,3	7,4	1,0	1,5
direkte Steuern	1,1	7,3	0,9	−0,8	−6,6	2,7	11,7	0,2	1,4
indirekte Steuern	2,1	1,9	1,9	0,3	3,9	1,9	2,0	2,2	1,6
Nettosozialbeiträge	6,4	5,4	3,8	6,4	6,5	5,6	5,3	2,2	5,3
Vermögenseinkommen	20,0	7,1	13,5	42,0	7,5	6,8	7,7	6,1	7,6
LaufendeÜbertragungen	6,4	9,1	6,8	11,4	2,6	6,7	11,0	−27,2	−32,7
Vermögenstransfers	11,6	8,6	3,1	−6,0	27,5	12,2	6,2	−42,7	−52,7
Verkäufe	2,8	13,0	13,0	11,0	−4,3	8,1	17,9	−29,5	−27,3
Sonstige Subventionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	**3,8**	**5,9**	**3,5**	**3,5**	**1,2**	**4,2**	**7,4**	**−1,8**	**−0,7**
Ausgaben									
Vorleistungen	2,7	2,1	0,6	3,6	3,7	3,6	3,7	3,7	3,7
Arbeitnehmerentgelte	3,2	4,5	1,2	4,4	4,4	4,4	4,4	4,1	3,4
Soziale Sachleistungen	1,1	5,0	3,3	4,3	3,5	4,3	3,5	3,3	3,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	34,7	5,0	4,8	−5,9	2,8	−5,9	2,8	−4,0	3,9
Subventionen	5,3	−18,6	−6,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Monetäre Sozialleistungen	5,9	2,4	2,1	3,8	4,6	3,8	4,6	4,8	2,8
Sonstige laufende Transfers[9]	−1,5	15,3	12,3	3,4	3,4	3,4	3,4	2,3	2,4
Bruttoinvestitionen	7,3	5,8	4,3	10,0	8,1	10,0	8,1	7,7	8,0
Vermögenstransfers[9]	−22,7	8,1	0,7	5,8	−17,5	5,8	−17,5	3,2	3,3
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen[9]	36,0	−27,3	12,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben[9]	−1,1	0,0	0,0	1,2	−3,0	1,2	−3,0	0,0	0,0
Insgesamt	**2,9**	**3,5**	**2,7**	**4,3**	**3,7**	**4,3**	**3,7**	**4,2**	**3,5**

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.
5 Einschließlich verbrauchsnaher Steuern.
6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.
7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.
8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Milliarden Euro.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2023.

© DIW Berlin 2023

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
90. Jahrgang 8. September 2023

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat
Prof. Dr. Martin Gornig

Redaktion
Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Ulrike Fokken; Petra Jasper; Kevin Kunze; Sandra Tubik

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
diw@burdadirect.de
Telefon: +49 781 639 67 20

Gestaltung
Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**